



Herrn
Landrat Thomas Hendele
Kreisverwaltung Mettmann
40822 Mettmann

Goethestr. 16
40822 Mettmann

sebastian.koepp@ju-kreismettmann.de
www.ju-kreismettmann.de

Mettmann, den 6.12.2019

**Bürgerantrag/Anregung zur Sitzung des Kreistages am 16. Dezember 2019
gemäß §16 KrO NRW**

Sehr geehrter Herr Landrat Hendele,

der Kreisverband der Jungen Union im Kreis Mettmann bittet Sie, die folgende Anregung (Bürgerantrag) auf die Tagesordnung des Kreistages am 16. Dezember 2019 zu setzen.

**Umweltschonend unterwegs genießen – Einführung eines Mehrwegbechers
für das to-go-Getränkeangebot im Kreis Mettmann**

Beschlussvorschlag / Anregung:

- 1) Der Kreis Mettmann soll überprüfen, inwiefern die Einführung eines freiwilligen Mehrweg-Systems für to-go-Becher möglich ist. Hierzu soll insbesondere die städtischen Werbegemeinschaften und Wirtschaftsverbände miteinbezogen werden.
- 2) Der Kreis Mettmann entwickelt ein Konzept, um ein freiwilliges Pfandsystem für die Mehrwegbecher in den Kommunen zu implementieren. Als Vorbilder dienen das Mehrweg-System „MEER-Weg“, welches in den Städten Wuppertal, Remscheid und Solingen von Bäckereien betrieben wird.
- 3) Die aus den genannten Maßnahmen resultierenden Kosten werden durch entsprechende Ansätze im Kreishaushalt gedeckt.

Begründung:

Morgens noch schnell den Kaffee to-go auf dem Weg zur Schule, Ausbildungsstätte, Universität oder zur Arbeit. Jeder hatte schon einmal die Begegnung mit dem Einweg-Bechern, die man z.B. bei Bäckereien für den schnellen Kaffee zwischendurch bekommt. Oft sieht man solche Becher nach dem Konsum des Kaffees unachtsam an Straßenecken liegen.

In Zeiten von bewussterem Umwelt- und Klimaschutz ist die Verwendung von Einweg-Bechern daher nicht förderlich. In Deutschland werden pro Stunde rund 320.000 Einwegbecher weggeworfen.

ANSCHRIFT:

JU KREIS METTMANN
Goethestr. 16
40822 Mettmann

KONTODATEN:

JU KREIS METTMANN
IBAN DE78 3015 0200 0001 7118 37
Kreissparkasse Düsseldorf

KONTAKT:

   /jukreismettmann
info@ju-kreismettmann.de
www.ju-kreismettmann.de

Daher ist die Einführung eines freiwilligen Mehrweg-Systems erstrebenswert.

Aufgrund dessen, dass die Städte des Kreises dicht miteinander vernetzt sind, ist es wünschenswert ein kreisweites Mehrwegsystem einzuführen. Der Mehrweg-Kaffeebecher kann so beispielsweise morgens in Erkrath gekauft und nachmittags in Haan zurückgegeben werden.

Das System für den Mehrweg-Becher kann wie folgt aussehen: Gegen 1 Euro Pfand das Heißgetränk bei einer Bäckerei bestellen und nach dem Genuss des Getränks den Mehrweg-Becher bei einem beliebigen teilnehmenden Partner wieder zurückgeben und den 1 Euro Pfand zurückerhalten. Ein solches System wurde in den Bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal mit Kooperationspartnern eingeführt. Weitere Informationen: <https://policks-backstube.de/der-meer-weg-becher/>

Das von „CupforCup“ entwickelte Pfandsystem kann explizit von Kommunen angefragt werden. Weitere Informationen: <https://cupforcup.de>

Auch über ein **Branding** des Bechers (**wie z.B. „Neader-Becher“**) kann nachgedacht werden, da dieser eine weitere Werbefläche für die Marke „Neanderland“ wäre. Auch Cafés, Bäckereien und lokale Geschäfte könnten die Becher als Werbefläche für sich nutzen. Somit könnte auch die Kosten in der Anschaffung mitgegenfinanziert werden.

Gezeichnet

Sebastian Köpp
JU Kreisvorsitzender

Sarah Wolpers
Stellv. JU-Kreisvorsitzende

Vincent Endereß
Stellv. JU-Bezirksvorsitzender

ANSCHRIFT:

JU KREIS METTMANN
Goethestr. 16
40822 Mettmann

KONTODATEN:

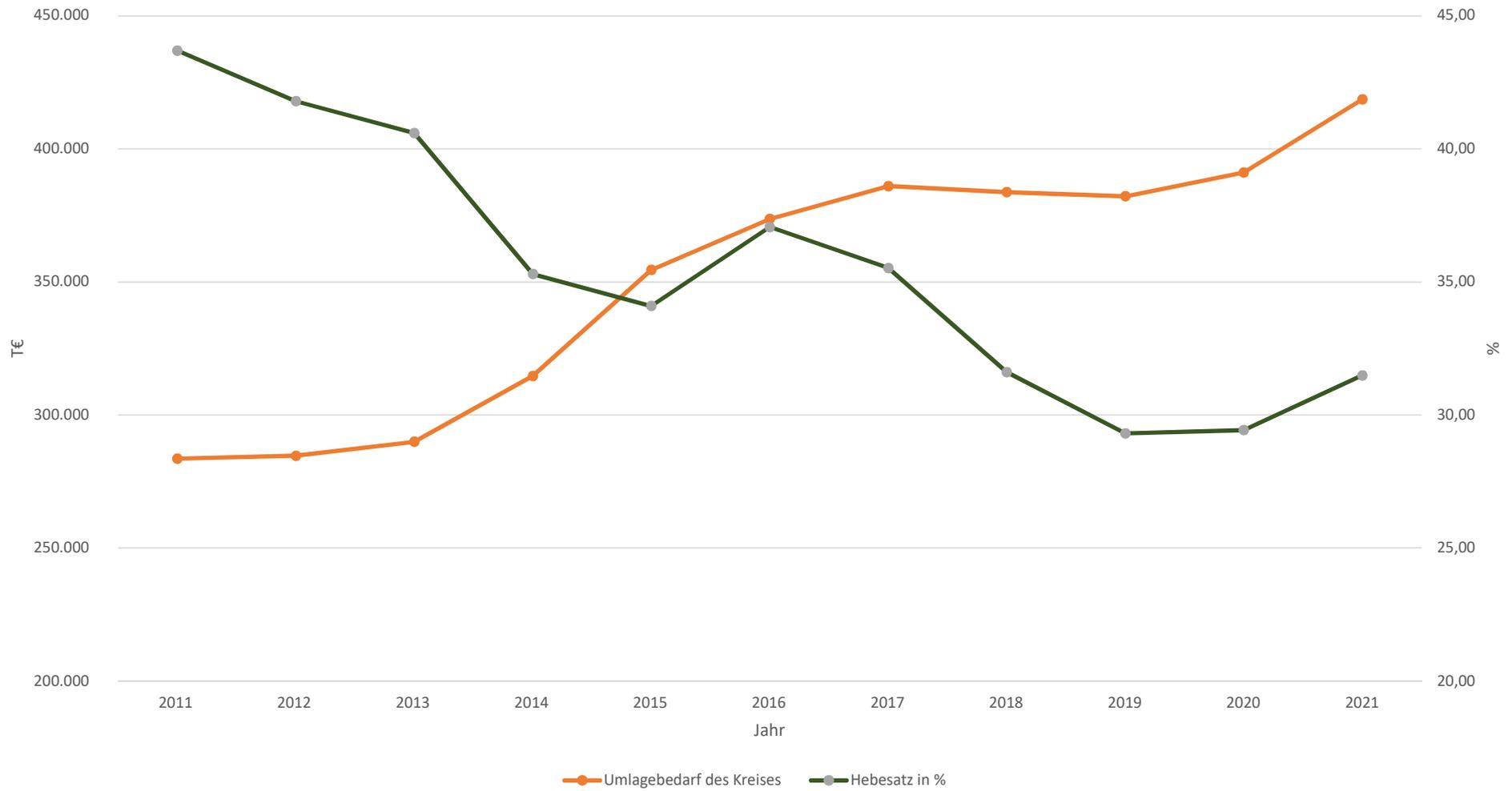
JU KREIS METTMANN
IBAN DE78 3015 0200 0001 7118 37
Kreissparkasse Düsseldorf

KONTAKT:

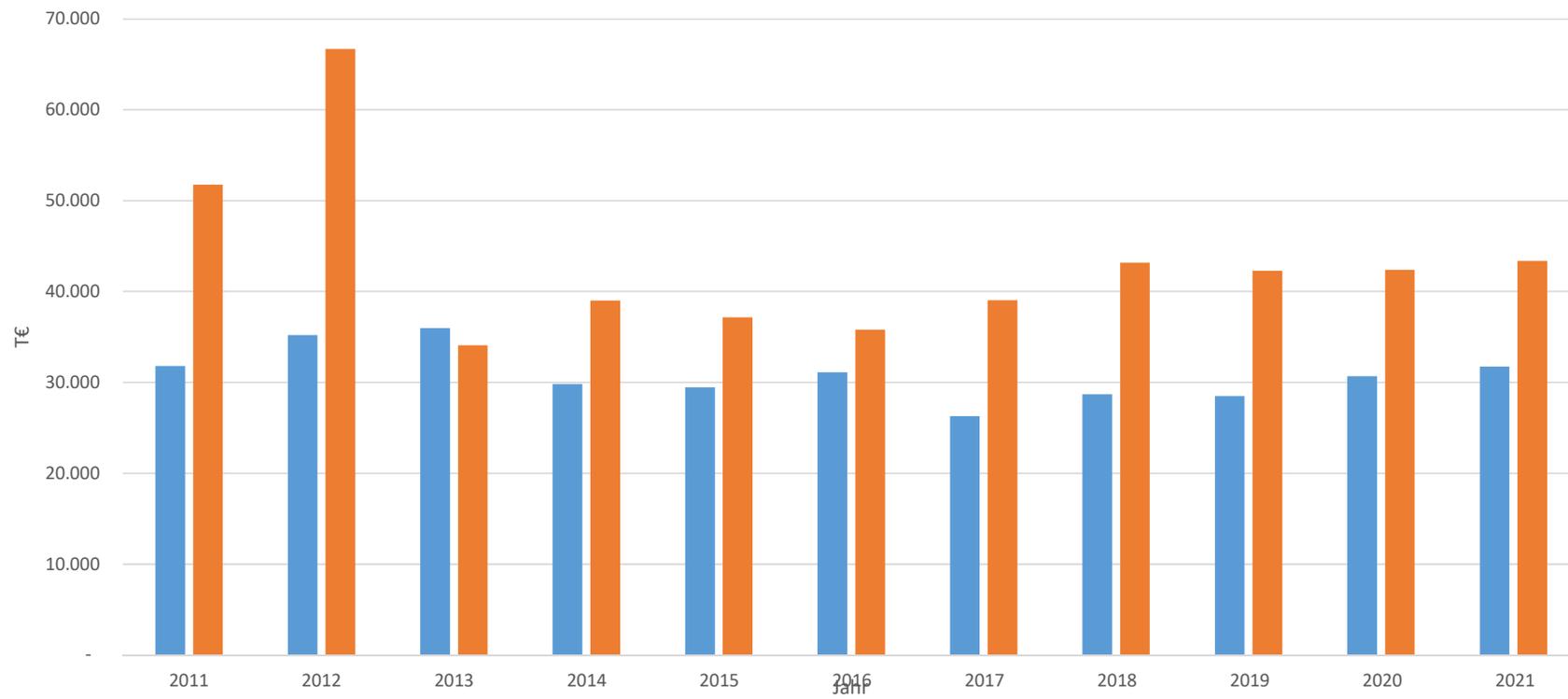
   /jukreismettmann
info@ju-kreismettmann.de
www.ju-kreismettmann.de

Benehmensherstellung zum Kreishaushalt

Umlagebedarf des Kreises



Gewerbesteuer / Kreisumlage



Rede der FDP Kreistagsfraktion zum Haushalt 2019

Sehr geehrter Herr Landrat,

Sehr geehrter Herr Kämmerer,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

der traditionelle Dank an die Verwaltung für die Arbeit bei der Erstellung des Entwurfes des Doppelhaushaltes 2020/2021 gilt auch in diesem Jahr vorrangig dem Kämmerer und Kreisdirektor, Herrn Richter, sowie dem neuen Kämmereileiter, Herrn Schölzel und seinem Team, wobei mein Dank auch Herrn Breitsprecher gilt, der in den letzten Jahren vorbildliche Arbeit als Kämmereileiter verrichtete und auch bei den Vorbereitungen des jetzt vorliegenden Entwurfes des Doppelhaushaltes beteiligt war. Er ist mittlerweile in die passive Phase des Vorruhestandes eingetreten. Die Mannschaft in der Kämmerei stand diesmal vor einer besonderen Herausforderung. Sie musste einen Doppelhaushaltsentwurf aufstellen, was allein schon eine anspruchsvolle Aufgabe ist und zusätzlich die Umstellung der Software des Haushalts- und Kassenwesens von AGRESSO auf das SAP-Verfahren bewältigen. Dies ist dem engagierten Team um Herrn Schölzel rundum gelungen. Die FDP-Fraktion weiß diese Arbeit sehr zu schätzen und möchte aufrichtig Dank sagen.

Nicht vergessen möchte ich aber die Mannschaft des Kreistagsbüros unter der bewährten Leitung von Martin Schlüter, deren Einsatz gerade in den letzten Tagen und Wochen besonders gefragt war. Zugleich möchte ich betonen, Herr Landrat Hendele, dass sich die FDP-Kreistagsfraktion selbstverständlich auch bei Ihnen und bei den Mitarbeitern des Hauses, die sich engagiert für die Belange der Bürger des Kreises Mettmann einsetzen, bedanken möchte. Ich darf Sie von dieser Stelle aus bitten, diesen Dank an die Mitarbeiter des Hauses weiterzuleiten.

Meine Damen und Herren,

Dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2020/21 liegen erneut gestiegene Umlagegrundlagen zugrunde - die für Jahr 2020 um weitere 25 Mill. Euro auf das Rekordhoch von nunmehr 1.329 Milliarden Euro gestiegen sind.

Bei Erträgen von rund 626,5 Mil. Euro und Aufwendungen von 644,6 Mil. Euro für 2020 und einem Griff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von rund 18,6 Mill.- Euro weist der Kreis Mettmann zwar nicht originär aber fiktiv erneut einen ausgeglichenen Haushalt aus. Damit belastet der Kreis erneut sein Eigenkapital zur versprochenen Erstattung an die Städte im Kreis Mettmann. Für 2021 ist eine Erhöhung der ordentlichen Aufwendungen auf 656,9 Mill, Euro geplant. Für das Jahr 2021 stehen aber planerisch keine Mittel mehr aus der Ausgleichsrücklage zur Verfügung. Im kommenden Jahr soll der Hebesatz der Kreisumlage 29,43 Punkte gegenüber 28,28 Punkte im Jahr 2019 betragen. Das ist aber trotz der leichten Erhöhung der zweitniedrigste Hebesatz den der Kreis je erhoben hat. 2021 soll der Hebesatz dann auf 31,40 Punkte steigen. Insgesamt fordert der Kreis also i m Jahr 2020 391,2 Mill. und im Jahr 2021 418,6 Mill. Euro von seinen Städten ab. Ich möchte darauf hinweisen, dass inzwischen mehr als die Hälfte der Kreisumlage an den Landschaftsverband Rheinland in Form der Landschaftsumlage weitgereicht wird. Aus Sicht der IHK ist deshalb die Forderung von Kreis und reisangehörigen Städten nachvollziehbar und legitim, der Landschaftsverband solle Maßnahmen zur Dämpfung der Lastenentwicklung identifizieren und zeitnah umsetzen. Erinnern möchte ich daran, dass die Verwaltung im Erfolgsfall, dem Kreistag vorschlagen will, wie im Vorjahr eine Entlastung bei der Landschaftsumlage sofort über die Senkung der

Kreisumlage weiterzugeben. Das dies auch in den beiden folgenden Jahren vorgesehen ist, können Sie dem heutigen Beschlussvorschlag zur Senkung des Ansatzes um 0,1 Prozentpunkte entnehmen-.

Die im kommenden Jahr gegenüber 2019 um 22,4 Mill. Euro gestiegene Kreisumlagebedarf hat zur heftigen Kritik der kreisangehörigen Städte geführt. Die Kämmerer gehen davon aus, dass bis 2021 die Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahr dann um weitere 30 Mill. Euro steigen wird. Daraus leiten die Kämmerer die Forderung ab, im Kreishaushalt alle erdenklich möglichen Anstrengungen vorzunehmen, um diese Steigerung deutlich zu reduzieren. Vor allem begründen sie das mit der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung. Die ursprünglich im Stellenplan vorgesehenen 40 zusätzlichen Stellen sind ihnen ein großes Dorn im Auge.

Kurz eine Anmerkung zum Benehmenverfahren mit den kreisangehörigen Städten:

Wir nehmen als FDP-Kreistagsfraktion die kritischen Hinweise und Stellungnahmen der Städte mit großem Respekt zur Kenntnis, sind aber der Meinung, dass der Kreistag und seine Ausschüsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diese berücksichtigt, geprüft und entsprechend beraten hat. Dies hat jedoch nicht zur Folge, dass allen Anregungen gefolgt werden kann.

Ich werde nachher noch einmal auf die Personalkosten im Rahmen der Personalkostenbewirtschaftung eingehen.

Zuvor möchte ich aber noch kurz auf ein Haushaltsthema eingehen, dass der FDP immer wichtig war, das aber leider immer mehr in den Hintergrund rückt, weil es fast als normal angesehen wird. Ich meine die Schuldenfreiheit des Kreises. Bereits im 14. Jahr in Folge bleibt der Kreis Mettmann

schuldenfrei. – und dies unter dem Vorzeichen, dass in all den Jahren erheblich investiert wurde. Ich habe bereits in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass der Kreis mit der Schuldenfreiheit ein Vorbild für praktizierte Generationengerechtigkeit sei. Die Schuldenfreiheit ist der Grundstock für die geplanten Projekte und Maßnahmen der Zukunft. Wir Liberale sind nach wie vor der Auffassung, dass nur mit einer grundsoliden finanziellen Basis besondere Projekte – wie beispielsweise die weitere Förderung des Tourismus im Neanderland – zu stemmen sind. Gerade für eine Kreistagsfraktion einer freiheitlichen Partei muss die finanzwirtschaftliche Unabhängigkeit und haushaltspolitische Handlungsfähigkeit unseres Kreises weiterhin von zentraler Bedeutung sein.

Ich mache aber keinen Hehl daraus - und auch der Landrat hatte es bei der Haushaltseinbringung kritisch angemerkt -, ob die Generationengerechtigkeit in Zukunft in einem anderen Licht gesehen werden muss. Es stellt sich die Frage, ob sich die Notwendigkeit ergeben wird, dass angesichts der gegenüber früher völlig veränderten Zinslandschaft Investitionen in unsere Infrastruktur, unsere öffentlichen Einrichtungen sowie in die mit dem Klimaschutz verbundenen Maßnahmen, nicht so vorangetrieben werden müssen, dass die kommenden Generationen von diesem Maßnahmenpaket profitieren.

Meine Damen und Herren,

ich hatte soeben das Stichwort Klimaschutz erwähnt. Nicht nur dem Trend der Zeit folgend war zweifellos das beherrschende Thema der diesjährigen Haushaltsberatungen der Klimaschutz. Den Vorschlag der Verwaltung, zur Entwicklung und Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und zur Entwicklung

weiterer Maßnahmen jeweils eine Mill. Euro für 2020 und 2021 in den Doppelhaushalt einzusetzen, hat viele, in Teilen auch gute und nachvollziehbare Ideen initiiert.

Zahlreiche Anträge und Anfragen zeigen die Vielfalt des politischen Einfaltsreichtums, bedingt allerdings auch großen finanziellen und personellen Aufwand. Dieser dürfte bereits jetzt weit über das vorgeschlagene Budget hinausgehen und die Verwaltung auch personell vor erhebliche Herausforderungen stellen. Dabei scheinen einige Teile des Kreistages auch vergessen zu haben, dass wir erst vor gut einem Jahr einstimmig die Verwaltung beauftragt haben, ein umfassendes Klimaschutz und -Klimaanpassungskonzept für den Kreis Mettmann umzusetzen und ein Klimaschutz-Controlling aufzubauen. Dieses Konzept beinhaltet 55 Maßnahmen für die nächsten Jahre, wovon bereits immerhin 30 bereits in den nächsten drei Jahren umzusetzen sind.

Bereits hierfür werden Mittel aus dem Klimaschutzbudget benötigt, das ohnehin ja auch die Kosten für die laufenden Projekte abdecken soll. Damit wird schnell erkennbar, dass hinsichtlich der Bandbreite und Sinnhaftigkeit einige Anträge zum Klimaschutz noch intensive Beratungen hinsichtlich der Erforderlichkeit und Umsetzbarkeit der Maßnahmen folgen müssen: beispielhaft seien hier die in den Blick genommenen Mittel für den Ausbau der Photovoltaik und der Dachbegrünung auf kreiseigenen Dächern genannt, die sicherlich jeder sofort mit dem Klimaschutzkonzept in Verbindung bringen kann.

Demgegenüber sind unter anderem die von den GRÜNEN beantragten Mittel für die Erhebung von Methan-Hotspots hinsichtlich ihrer Notwendigkeit deutlich zu hinterfragen. Noch exotischer erscheint es aus Sicht der FDP-Fraktion, 450.000 Euro pro Jahr - und damit nahezu bereits die Hälfte des Klimaschutzbudgets - für Projekte in Umsetzung des

Teilhabechancengesetzes aufwenden zu wollen.

Der Kreistag wird sich daher der Herausforderung stellen müssen, Wünsche und Ideen auf das realisierbare Maß unter Beachtung der Sinnhaftigkeit kreisbezogener Klimaschutzmaßnahmen reduzieren zu müssen. Die FDP-Kreistagsfraktion begrüßt daher uneingeschränkt die vereinbarte Vorgehensweise, natürlich unter Beachtung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes, einer Priorisierung auf dem aus unserer Sicht äußerst bedeutsamen Feld des Klimaschutzes vorzunehmen.

Für erfolgversprechende und auf Kreisebene umsetzbare Maßnahmen werden wir uns nachdrücklich einsetzen und sichern hierfür unsere Unterstützung zu. Und - da spreche ich besonders die GRÜNEN an - Sie können davon ausgehen, dass wir die finanziellen Aufwendungen und personellen Auswirkungen sorgfältig beobachten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Kreis ist gut beraten, seinen Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen. Dies wird ja auch von den Kommunen zu Recht eingefordert, wie die Kämmerer der kreisangehörigen Städte in ihrer Stellungnahmen betonen. Sie verweisen darauf, dass zwei Positionen am ehesten beeinflussbar seien, nämlich die freiwilligen Ausgaben und die Personalaufwendungen. Auch die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass es weiterhin einer Begrenzung der Personalaufwendungen auf das Notwendigste bedarf. Mit der bereits 2010 auf Antrag von FDP und CDU eingeführten Personalkostenbudgetierung auf Dezernatsebene sowie dem Personalkostencontrolling verfügen wir über Instrumente, die sich seit Jahren hervorragend bewährt und zu erheblichen Einsparungen auf den Personalkostensektor geführt haben. Dies soll auch in Zukunft fortgeführt werden.

Auf Antrag der FDP, CDU, UWG-ME Koalition wurde daher vor einigen Tagen im Kreisausschuss für die Jahre 2020/2021 eine Reduzierung der Personalkosten um jeweils 1,5 Prozent als Beschlussempfehlung an den Kreistag gerichtet. Dies entspricht rund 1,2 Mill. Euro pro Jahr. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Stellenplanberatungen die Absicht bekundet, in 2020 und 2021 jeweils zehn Stellen einzusparen. Dies wird im Mittel mit etwa 325.000 Euro beziffert. Dass damit die Verwaltung selbst einen weiteren Einsparvorschlag einbringt begrüßen die Freien Demokraten ausdrücklich. Als Liberale Fraktion wissen wir aber auch, dass die angespannte personelle Situation den Beschäftigten des Kreises eine Menge abverlangt. Für diese Leistung zollen wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung Dank und Anerkennung.

Wir als FDP-Fraktion sind zudem der Auffassung, dass der Kreis mit seinen Beschlüssen im Bereich Personal dem Ansinnen der kreisangehörigen Städte sehr entgegengekommen ist.

Meine Damen und Herren,

bei unseren Anträgen haben wir als FDP-Fraktion erneut darauf geachtet, dass fast alle finanzwirksame Anträge den vierstelligen Euro-Bereich nicht überschreiten.

Kostenlose Museumstage

Im vergangenen Jahr haben wir die Einführung kostenloser Museumstage im Neandertal-Museum gefordert, nachdem die Verwaltung auf Anfrage der Linken-Fraktion eine überschaubare Summe dafür angegeben hatte. Wir freuen uns sehr, dass dies nun umgesetzt wird und wir gerade Familien mit eher niedrigerem Einkommen ein Angebot machen können, dieses in der Museumslandschaft herausragende Museum zu besuchen.

Tourismus und Wirtschaftsförderung

Die geplanten Umstrukturierungen und weitere Professionalisierung der Bereiche Tourismus und Wirtschaftsförderung finden unsere Zustimmung. Wir sehen hier allerdings noch einen gewissen Abstimmungsbedarf mit den kreisangehörigen Kommunen. Eine klare Aufgabenzuordnung und die Frage, was kreisweit die Tourismus-Hotspots sind und wer diese wie vermarktet, bedürfen unseres Erachtens der weiteren und vor allem kooperativen Beratung. Zudem werfen wir als FDP-Fraktion gelegentlich die Frage auf, ob die Grundlagen der Tourismus-Ausrichtung nicht vor der Beschäftigung mit rein organisatorischen Angelegenheiten geklärt werden müsste. Es stellt sich die Frage, ob ein Tourismuskonzept von 2009 - vor allem in Richtung der Digitalisierung - zeitgemäß angepasst werden muss. Dazu noch eine Anmerkung: Ich hatte es in der Vergangenheit schon einmal angemerkt, dass wir uns beim Masterplan einiges eine Nummer kleiner vorstellen können.

Kreisjugendrat

Lassen Sie mich noch zu einem besonderen Anliegen kommen, das kaum etwas kostet, aber sehr viel bewegen kann. Die Einrichtung eines Jugendgremiums auf Kreisebene. In unserer Fraktion ist dies ein wichtiges Thema. Meine Stellvertreterin, Frau Dr. Pannes, ist im Themenfeld Jugendbeteiligung seit Jahren aktiv und bringt einiges an „Herzblut“ ein. Vor allem aber zeigt die Erfahrung – unter anderem in Ratingen und Mettmann sowie auf Landesebene – dass auf diesem Gebiet vieles möglich ist, wenn man denn wirklich will. Unsere Position ist deshalb klar: Wir wollen ab der nächsten Kreistagsperiode ein Jugendgremium, das in die Struktur des Kreistags und seiner Ausschüsse eingebunden ist. Verbunden mit Rede-, Auskunfts- und Antragsrecht der Jugendlichen. Sicherlich ein

anspruchsvolles Ziel – das gebe ich zu, aber wir sollten es versuchen. Wir haben positiv zur Kenntnis genommen, dass wir nicht die von uns beantragten finanziellen Mittel in Höhe von 5000 Euro im Haushalt aufbringen müssen, da der Landrat im letzten Kreisausschuss fest zugesagt hat, dass er dieses Geld aus eigenen Bordmitteln zur Verfügung stellen wird. Wir wollen daher – wie vom Landrat zugesagt - sehr zügig im neuen Jahr mit den Vertretern der Jugendlichen und Vertretern unserer Fraktionen hinsichtlich der Beratung des vorgelegten Satzungsentwurfes und anderen Fragen zusammentreffen.

Meine Damen und Herren,

als Freidemokrat möchte ich meine Rede mit einem Zitat des großen Liberalen Hans-Dietrich Genscher schließen, der einmal sagte: „Freiheit ist die schönste Sache für man sich politisch engagieren kann.“ Da zur Freiheit auch die finanzielle Freiheit gehört und wir über einen soliden gestalteten schuldenfreien Haushalt verfügen, wird die FDP-Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Klaus Müller

FDP-Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede Thomas Küppers, PIRATEN

Kreistag 16.12.2019

Sehr geehrter Herr Hendele, sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger,

Ich möchte meine Rede mit dem Teil beginnen, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, meistens ans Ende Ihrer Rede stellen:

Wir stimmen dem Haushalt zu!

Wir haben uns aber auch anlässlich dieses Haushaltes Gedanken gemacht, wie zukünftige Haushalte unter den großen Herausforderungen des Klimawandels, des bezahlbaren Wohnraums und der Verkehrswende aussehen könnten.

Die heutige Sitzung möchte ich deswegen primär dafür nutzen, einen Ausblick auf mögliche zukünftige Haushalte zu geben:

Verkehr, Klima und gesellschaftliche Themen wie Wohnungsnot werden uns auch im Kreis, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen.

Was wird sich mittelfristig ändern? Oder besser was sollte sich ändern?

Das Jahr 2019 war entscheidend von zwei Themen geprägt:

Klimawandel und Verkehrswende.

Beide Themen sind nicht nur miteinander verbunden. Sie stellen den Kreis Mettmann auch zukünftig vor große Herausforderungen.

Die Themen polarisieren in unserer Gesellschaft - gerade die Ansichten der jüngeren sind anders als die der älteren Generation.

Für die jungen Leute ist mit dem Erreichen des 18ten Lebensjahres nicht mehr automatisch der Erwerb des Führerscheins verbunden.

Statt mit dem Auto möchten unsere Mitmenschen mit Fahrrad, eScooter, Bus und Bahn zum Ziel gelangen. Das kann man wunderbar an den Forderungen von Fridays for Future sehen, die diese Fortbewegungsmittel als sinnvolle das Klima schonende Alternative zum Auto sehen.

Meine Gruppe hat sich dieses Jahr intensiv mit dem Thema Verkehr beschäftigt. Wir haben recherchiert, dass die Vermieter von eScootern aktuell kein Interesse haben im Kreis Mettmann aktiv zu werden. Ein ähnliches Phänomen haben wir bereits beim Carsharing erlebt.

Welche Anreize bzw. Rahmenbedingungen müssen wir schaffen, damit solche Unternehmen auch im Kreis Mettmann aktiv werden?

Wir haben uns sehr gefreut- auch wenn wir ehrlich gesagt überrascht waren- , das unsere Anfrage zur Niederbergbahn so viel Reaktionen in der Gesellschaft ausgelöst hat. So hat ein in Velbert sehr bekannter Blogger das Thema aufgegriffen und einen Dokumentationsfilm gedreht, der an Weihnachten erstmalig publik wird.

Seine Recherchen und Anfragen resultierten in konkreten Prüfaufträgen an die Städte Velbert und Heiligenhaus, ob man die Niederbergbahn reaktivieren kann.

Es lässt sich festhalten, dass der ÖPNV zu teuer und die Verbindungen von "A nach B" zu schlecht sind.

Ich selbst wäre gewillt, auf meinem Weg zu Arbeit, vom Auto auf "Bus und Bahn" umzusteigen, aber mit dem derzeitigen ÖPNV gelingt das leider nicht in einer angemessenen Zeit.

Besonders unattraktiv sind dabei die Preise. Wenn ich also nun die Eiskönigin im Kino in Essen, Mettmann oder Wuppertal sehen möchte, dann zahle ich 12 Euro für Hin- und Rückfahrt und 10 Euro für das Kino (!). Da stimmt etwas nicht.

Wir haben aktuell genau aus den oben genannten Gründen den Prüfauftrag für ein 365 Euro Ticket gestellt. Dabei hatten wir den Vorstoß aus Düsseldorf im Blick. Ein 365 Euro Ticket in Düsseldorf wird unserer Meinung nach wenig bringen, aber ein 365 Euro Ticket in der gesamten Region - im Großraum Düsseldorf, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnte unseren staugeplagten Pendlern eine sinnvolle Alternative bieten, um die Umwelt zu schonen.

Es gibt aber bereits eine bessere Alternative. Wir begrüßen den Vorstoß des VRR sich als Modellregion für das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung zu bewerben. Das gesamte VRR Gebiet ist einfach attraktiver als eine Insellösung Region Düsseldorf. Wir müssen daher beide Projekte im Auge behalten und prüfen.

Wenn wir erreichen, dass mehr Menschen mit Bus und Bahn fahren, dann benötigen wir auch mehr Fahrzeuge und Personal. Das wird selbstredend die kommunalen Haushalte belasten. Die Stadt Bielefeld hat jüngst dazu eine Studie veröffentlicht, die die Kosten für den Ausbau des ÖPNV von rund 2 Mrd. Euro für Bielefeld veranschlagt. Bielefeld hat

etwas mehr als 300.000 Einwohner. Hochgerechnet auf den Kreis Mettmann lägen wir bei rund 4 Milliarden Euro(!).

Ernüchternd: Bielefeld schätzt dadurch den Anteil des ÖPNVs von 14% auf lediglich 18% steigern zu können.

Wir haben uns kostengünstigere Alternativen überlegt und uns intensiv mit dem Thema Rufbus oder auch On-Demand Bus / Ride Sharing beschäftigt.

Wir haben uns mit der Kämmerei im Sommer getroffen und intensiv zu der Thematik recherchiert. Als Ergebnis unserer Beratungen haben wir einen Antrag gestellt. Da wir gleich das Thema hoffentlich intensiv und konstruktiv diskutieren werden, werde ich an dieser Stelle lediglich auf zwei Aspekte eingehen: Beim Rufbus benötigen wir keine kostspielige Infrastruktur und keine Jahre langen Planungen wie bei einer Bahnstrecke. Wir könnten zügig zur Tat schreiten und mit zu den Vorreitern werden.

Nun möchte ich, sehr geehrte Damen und Herren, zu einer anderen für uns im Kreis wichtigen Thematik kommen:

Ganz besonders der "Flächenfrass" im Kreis Mettmann macht mir große Sorgen. Riesige Wohngebiete an der S9 in Wülfrath und Velbert, das Gewerbegebiet Große Feld in Velbert oder die Halden-Erweiterung der Grube Osterholz erzürnen nicht nur mich, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger der Region.

Damit muss Schluss sein!

Das Land, auf dem wir leben, ist nur geborgt. Wenn wir nicht mehr leben, dann müssen wir das so zurückgeben, wie wir es erhalten haben. Wenn ich etwas verleihe, dann erwarte ich auch eine ordnungsgemäße Rückgabe.

Wenn wir so weiter machen wie in den letzten Jahrzehnten, dann hat meine Generation, wenn sie alt ist, kaum noch Äcker, Wiesen und Weiden in unserer Gegend. Das darf im Hinblick auf die Nachfolgegeneration nicht passieren.

Hier müssen wir verantwortungsbewusst und nachhaltig agieren, um die Umwelt nicht weiter zu zerstören. Das ist unser gemeinsamer Auftrag!

Wer das Klima ernsthaft schützen möchte, der muss Transporte über weite Strecken vermeiden -

und gerade Nahrungsmittel sollten wir vor Ort anbauen - auf unseren Äckern.

Wir benötigen zukünftig eine Wirtschaft, die nahezu CO₂ neutral wirtschaftet sowie im digitalen Geschäft bestens aufgestellt ist.

Nur so wird es uns gelingen, sichere Arbeitsplätze auch zukünftig zu erhalten und neue zu schaffen. Auch hier kommen auf unsere Kommunen Kosten zu, die am Ende

Auswirkungen auf unseren Haushalt haben werden. Der Druck, noch mehr zu sparen, wird zukünftig zunehmen.

Ich begrüße die Vorhaben des Kreises Mettmann, zu eruieren, welche Industrieflächen modernisiert und besser genutzt werden könnten.

Ich wünsche mir sehr, dass dies auch mit dem Blick auf die Zukunft nachhaltig geschieht.

Mit der Bebauung von Äckern wie dem des Großen Feldes schaffen wir lediglich ein herkömmliches Gewerbegebiet, vernichten eine landwirtschaftliche Fläche und sorgen dafür, dass Anwohner mehr Dreck sowie Lärm ertragen müssen.

Wir sollten gemeinsam das Ziel haben, den Klimaschutz und die Verkehrswende zum Wohle der jüngeren Generationen nachhaltig zu fördern.

Lieber Herr Hendele, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die zukünftigen Aufgaben, die uns besonders wichtig sind und die wir gemeinsam bewältigen sollten.

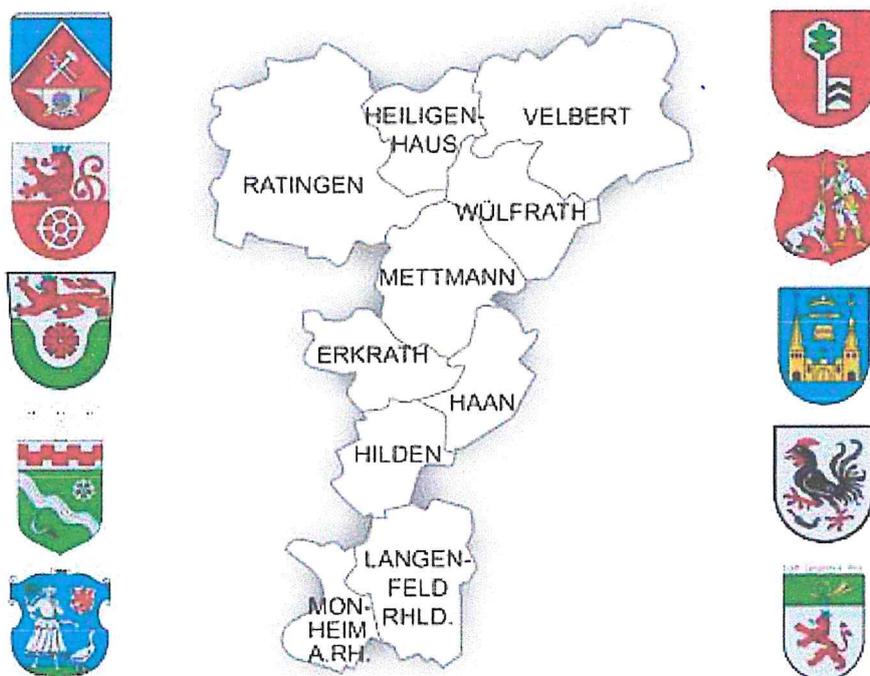
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

- Frohe Weihnachten und alles Gute für das Neue Jahr.

Manfred Schulte

Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Mettmann

Rede zum Haushalt 2020-2021



Mettmann, 16. Dezember 2019
Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Kreisdirektor,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem Ergebnis der Beratungen in den Fachausschüssen sowie im Kreisausschuss, in dem wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns zunächst noch enthalten haben, wird es Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen heute kurz und bündig erkläre, dass die SPD-Fraktion dem heute vorliegenden Doppelhaushalt 2021/2022 zustimmen wird.

Lieber Herr Richter,
lieber Herr Schölzel,

betrachten Sie diese Zustimmung bitte zuallererst auch als Anerkennung der fachlichen Leistung. Wir wissen, dass die Umbrüche im vergangenen Jahr nicht zuletzt auch die Kämmerei in hohem Maße beansprucht haben.

Beispielhaft möchten wir nur die personellen Änderungen in der Kämmereileitung, die Implementierung immer neuer Anwendungen im Buchungs- und Berichtswesen und nicht zuletzt die Verhandlungen und Umsetzung der Vereinbarungen mit dem KRZN benennen.

Wir wissen darüber hinaus, dass die Erarbeitung des Haushaltsentwurfs nicht allein Sache der Kämmerei ist, sondern die notwendigen Vorarbeiten auch und besonders in den Dezernaten, also den angeschlossenen Fachämtern geleistet werden.

Die Beschränkung auf eine allein fachlich-technische Ebene wird andererseits nicht der Tatsache gerecht, dass auch dieser Haushalt wiederum an den gesetzlichen Anforderungen des Bundes und der Länder, den politischen Rahmenbedingungen und den wirtschaftlichen Möglichkeiten, wie sie sich in den kreisangehörigen Städten darstellen, zu messen ist. Gemessen an den Aufgaben der nächsten 2 Jahre wird der Haushalt dem sicherlich in mustergültiger Weise gerecht.

Deutlich wird dies auch daran, dass es aus dem politischen Raum während der Beratungen so wenige Änderungsanträge wie nie in den Kreisausschuss geschafft haben, nämlich insgesamt

zehn. Von diesen wurden wiederum acht zurückgezogen, einer mehrheitlich abgelehnt und einer einstimmig angenommen.

Ich will hier nicht außeracht lassen, dass in den Fachausschüssen einige Anträge mehr gestellt worden, die aber ihrerseits in der übergroßen Mehrheit entweder mehrheitlich abgelehnt oder aber schon dort zurückgezogen wurden – auch seitens der SPD.

Es handelt sich hier um die Fortsetzung einer Entwicklung, wie wir sie auch in den Vorjahren erleben konnten und über die es sich lohnt, sie einmal kritisch zu hinterfragen.

Ein erster Erklärungsansatz könnte natürlich sein, dass der Haushalt selbst wenig Ansatzpunkte für Kritik und Änderungen bietet. Wenn das wirklich so wäre, so läge dies jedenfalls nicht daran, dass die Darstellung des Haushaltes, genauer gesagt: der einzelnen Produkte, nicht detailliert und aussagefähig genug wäre, um der Politik die entsprechenden Diskussionspunkte zu liefern. Das ist nicht der Fall.

Nicht gering zu erachten ist in diesem Zusammenhang sicherlich die Tatsache, dass einige große Themen der vergangenen Jahre inzwischen ausdiskutiert sind und es letztlich nur noch um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen geht, sei es der Masterplan Neanderthal, seien es die Straßenbauprojekte der vergangenen Jahre oder sei es die Leitstelle für den Rettungsdienst. Wir wollen hier noch einmal unsere Anerkennung dafür aussprechen, dass wirklich alle baulichen Maßnahmen, die der Kreis in den letzten Jahren in Angriff genommen hat, sowohl hinsichtlich der Bauzeiten wie aber auch der Baukosten vollständig im Plan geblieben sind. Liebe Frau Haase, hierfür gebührt Ihnen ganz persönlich unser Dank – aber auch dem exzellent geführten Amt 23. Richten Sie dies bitte Ihren Mitarbeitern noch einmal aus.

Ein weiterer Erklärungsansatz dürfte darin zu sein, dass die Handlungsspielräume des Kreises sich in den vergangenen Jahren nicht unbedingt vergrößert haben. Analysiert man die Ausgabenstruktur des Kreises, so wird man wie allen Vorjahren feststellen, dass der Anteil der gesetzlich determinierten Ausgabenblöcke sich nach wie vor nicht verkleinert hat, d. h. anders gewendet, wenn die Kreispolitik tatsächlich eigenständige politische Projekte angehen wollte, ginge dies nur um den Preis einer höheren Kreisumlage und verlangte darüber hinaus nicht nur das Benehmen mit den kreisangehörigen Städten, sondern einen echten politischen Konsens. Den gibt es, wie wir in den vergangenen Wochen wieder einmal erfahren mussten, gerade nicht.

Wie bitter notwendig andererseits eine kreisweit abgestimmte Politik wäre, zeigt sich im Bereich der Wohnungspolitik. Ich erinnere daran, dass wir im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen intensiv darüber diskutiert haben, wie wir der Wohnungsnot im Kreis Mettmann auf politischer Ebene begegnen könnten. Ausgehend von der damals wie heute richtigen Analyse, dass eine Kreiswohnungsgesellschaft von den im Kreis Mettmann im Wohnungswesen tätigen Akteuren und den kreisangehörigen Städten nicht gewollt ist und auch der Kreis selbst nicht über die Möglichkeiten der praktischen Umsetzung verfügt, haben wir die Kreisverwaltung im letzten Jahr beauftragt, im Rahmen eines Workshops sämtliche Beteiligten an einen Tisch zu holen. Das ist im Sommer offensichtlich auch erfolgt, allerdings ohne dass hierbei konkrete Ergebnisse herausgekommen wären.

Konkrete Ergebnisse liefert aber die Statistik:

So wurde der negative Trend bei den Neubaugenehmigungen, der in ganz NRW zu beobachten ist, im Kreis Mettmann sogar noch bei weitem übertroffen. Die Zahl neuer Wohngebäude sank in 2018 von 330 im Jahre 2019 auf nur noch 245, was einem Minus von über 25 % entspricht. Bedenklich ist hierbei auch noch, dass der Rückgang bei den Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser höher ist als für Einfamilienhäuser. Dementsprechend konnte der Markt statt wie noch im Jahre 2018 782 Wohnungen in 2019 nur noch 593 anbieten. Wenn wenigstens die Zahlen für 2018 ausreichend gewesen wären, um die Nachfrage zu befriedigen und daran anschließend der Ausblick für 2020 wieder positiver wäre, könnte man ja das Jahr 2019 noch als singulär verlorenes Jahr abschreiben. Aber wir alle wissen, dass das nicht der Fall ist. Die allgemeine Tendenz ist weiterhin dramatisch.

Und wir wissen, dass der Markt hier dauerhaft versagt. Wenn der Markt versagt, kann nur die öffentliche Hand dafür wirksam Sorge tragen, dass auch Normalverdiener im Kreis Mettmann noch ein Dach über dem Kopf finden – und dies auch dauerhaft behalten können. Besorgniserregend ist ja nicht nur die Tatsache, dass zu wenig gebaut wird, sondern auch, dass immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen

Da die Städte dies dem Kreis verwehren, sind sie es, die ihre Anstrengungen erhöhen müssen. Offensichtlich reichen die Kapazitäten in den Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, an denen die Städte beteiligt sind, nämlich nicht aus.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hätten uns darüber hinaus eine aktivere Rolle der Kreisverwaltung bei der Nutzung der neuen Instrumente des Sozialen Arbeitsmarkts

gewünscht. Insbesondere die Fördermöglichkeiten gemäß § 16i SGB II geben Arbeitgebern attraktive Werkzeuge zur Integration von Langzeitarbeitslosen. Die Unterstützungsmöglichkeiten des Jobcenters – neudeutsch Coaching – wurden deutlich ausgeweitet, ebenso die Förderhöhe und die Förderdauer. Auch wenn unser Haushaltsantrag diesbezüglich nicht zum Tragen gekommen ist, so werden wir diesen Ansatz weiterverfolgen und den neuen Kreissozialdezernenten bei der Implementierung der Maßnahmen auch in die Kreisverwaltung nach Kräften unterstützen.

Nicht wenige Änderungsanträge im Rahmen der Haushaltsberatungen betrafen den Klimaschutz, führten dies jedenfalls in ihrer Überschrift so auf.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erst einmal keinen Anlass dazu gesehen, sich wie andere Fraktionen in populistischer Manier an die „fridays-for-future-Bewegung“ heranzuschmeißen. Ich will jetzt nicht darauf verweisen, dass unser früherer stellvertretender Faktionsvorsitzender Bernd Hoffmann – manche werden ihn noch kennen – schon im Jahre 2009 eine Klimaschutz- und Energiesparoffensive für den Kreis anlässlich des Haushaltes 2010 gefordert hat. Und noch früher, 2005, hat die SPD-Fraktion einen Prüfauftrag an die Verwaltung gestellt, im Rahmen der Gebäudeertüchtigung auch sämtliche kreiseigenen Liegenschaften daraufhin zu untersuchen, ob eine Ausstattung mit Photovoltaik-Ausstattung möglich wäre. Ich will auch nicht darauf verweisen, dass beim Neu- und Umbau aller kreiseigenen Gebäude in den letzten 10 Jahren die Frage der ökologischen Verträglichkeit mit im Vordergrund der Planung stand, sei es die Ausstattung mit alternativen Heiz- und Belüftungssystemen, der Dachbegrünung, der Dämmung etc. Ich möchte aber darauf verweisen, dass wir gerade erst drei Klimamanager mit der anspruchsvollen Aufgabe der Umsetzung unseres Kreisklimakonzeptes beauftragt haben. Und zum 1.1.2019 haben wir eine neue Bau- und Umweltdezernentin. Es besteht wohl aller Anlass, die beschlossenen Maßnahmen erst einmal zur Umsetzung zu bringen und unsere neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Dezernentin bei der Einarbeitung zu unterstützen, anstatt jetzt eines kurzfristigen Öffentlichkeitseffektes willen Schaufensteranträge zu beschließen, die die Arbeit eher behindern als fördern.

Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, das dürfte eher im Sinne einer effektiven Klimapolitik sein.

Wo wir bei Schaufensteranträgen sind, kommen wir an der F.D.P. nicht vorbei. Mit Interesse habe ich der Presse entnommen, dass Sie liebe Frau Dr. Pannes und Sie, lieber Herr Kollege Müller, sich dazu bekannt haben, das Engagement von Jugendlichen in der Kreispolitik zu fördern. Woher Sie den Mut nehmen, dies allein auf Ihre Fahne zu schreiben, erschließt sich

weder auf den ersten noch auf den zweiten Blick. Wo wir gerade bei dem Begriff Mut sind. Sie Frau Dr. Pannes, werden sinngemäß mit der Aussage zitiert: „Dafür braucht es noch nicht einmal dem Einsatz von Geld, es reicht eigentlich nur ein ganz klein wenig Mut.“ Ich gehe mal davon aus, dass die Presse Sie da richtig zitiert hat. Wenn das so ist, dann stellt sich natürlich noch die Frage: Warum haben Sie denn dann im Kreisausschuss hierfür doch 5.000,00 € beantragt? Und dann Bündnis 90/Die GRÜNEN gleich noch 10.000,00 €? Wir wollen der Klarheit deshalb hier einmal feststellen: wir alle hier im Saal sind an einer Partizipation – nicht nur, aber besonders – von Jugendlichen an der Kommunalpolitik interessiert. Da ist es sicher unnötig, mit gemessen am Gesamthaushalt billigen Tricks an die Öffentlichkeit zu gehen.

Wenn die SPD heute wie auch in den Vorjahren dem Kreishaushalt zustimmt, so will ich an dieser Stelle trotzdem auch eine ganze Portion Unbehagen für die Zukunft festhalten. Wir sind der Auffassung, dass mindestens mittelfristig die kommunalen Haushalte eine völlig neue Struktur erhalten müssen, ganz einfach, weil die Finanzarchitektur, so wie sie in Grundgesetz und Landesverfassung und den hierauf seit Jahrzehnten gründenden Regelungen in den Fachgesetzen (z. B. allgemein im GFG, in der Verkehrsfinanzierung, im Bereich der Sozialhilfe) mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten und Anforderungen nicht mehr übereinstimmt. Wir sehen jedenfalls nicht, dass bei den aktuellen Gegebenheiten eine Finanzierung in der hergebrachten Weise noch ausreichend sein könnte.

Drei Beispiele:

Erstes Beispiel:

Der öffentliche Personennahverkehr muss komplett auf neue Füße gestellt werden. Die Finanzierung über kontinuierlich steigende Ticketpreise ist an ihre Grenzen angelangt. Die umlagefinanzierte Finanzierung über die Kommunen ebenfalls. Die Bundeszuschüsse reichen nicht einmal aus, um die vorhandene Infrastruktur auf dem derzeitigen technischen Stand zu halten, keinesfalls werden sie ausreichen, um ein zukunftsfähiges integriertes Verkehrssystem zu schaffen. Ich will hier nur am Rande darauf verweisen, dass die jetzt im VRR beschlossene neue Ticketpreisstruktur allein für das Verbundgebiet einen Zuschussbedarf von jährlich 200 Mio. € auslöst. Unser Kreishaushalt würde jedenfalls durch diese Ticketpreisstruktur komplett gesprengt, wenn wir diese genauso finanzieren wollten, wie bisher. An dieser Stelle wollen wir aus gegebenem Anlass noch einmal ganz deutlich festhalten: Es nützt nichts, wenn hier einzelne Städte mit Insellösungen wie autonom fahrenden Kleinbussen auf 1,5 km Stadtgebiet fahren oder mit Billigtickets vorpreschen, nur, weil sie es sich leisten können. Erforderlich ist eine Implementierung in ein insgesamt funktionierendes System.

Weiteres Beispiel:

Wir stehen mit der alle gesellschaftlichen Bereiche betreffenden Digitalisierung erst am Anfang und: Wir sind zu langsam! Wenn man betrachtet, wie schwierig und langwierig beispielsweise allein schon die Einführung der sogenannten E-Akte in der Justiz – das ist ja bekanntlich ein eher kleiner Verwaltungsbereich – ist, der kann sich vorstellen, was in den Bereichen der Sozial- und der Kommunalverwaltungen erforderlich sein wird. Wir werden, bevor wir die sogenannte Digitalisierungsdividende einstreichen können, in erheblichem Maße in Hard- und Software, in Infrastruktur und Personal investieren müssen. Wir werden unseren Sozialstaat für die Leistungsbezieher vereinfachen und viele Angebote pauschalieren müssen, um nicht an der Einzelfallgerechtigkeit zu ersticken. Und auch an dieser Stelle noch einmal genauso deutlich: Es nützt nichts, wenn hier einzelne Städte mit Insellösungen im Bereich der Digitalisierung vorpreschen, nur, weil sie es sich leisten können und die ganze Herrlichkeit an der Stadtgrenze endet. Erforderlich ist eine Implementierung in ein insgesamt funktionierendes System. Wir brauchen endlich eine leistungsfähige schnelle Netzinfrastruktur, sonst nützt die beste Ausstattung mit Endgeräten in unseren Schulen und Verwaltungen nichts.

Drittes und letztes Beispiel:

Es ist immer schön, wenn es sich eine Stadt leisten kann, die in ihrem Stadtgebiet befindlichen Straßen in einem optimalen Zustand zu halten. Auch ein leistungsfähiges Radwegenetz, insbesondere mit Radschnellwegen, ist dringend erforderlich. Und wenn man genügend Geld hat, kann man natürlich auch überlegen, ob man nicht alle im Stadtgebiet befindlichen Straßen von Bund, Land und Kreis kauft, einen Radschnellweg auf dem eigenen Stadtgebiet auf eigene Rechnung baut und sich dafür im Gegenzug an den Kosten der überörtlichen übrigen Straßen im Kreisgebiet und dem Radwegenetz nicht mehr beteiligt. Aber letztendlich sollte auch klar sein, dass man nur genau über diese überörtlichen Straßen und Wege erreicht werden kann. Sich einfach nur aus einem Straßennetz abzumelden, sich der Kostenolidarität zu entziehen und am Ende wieder einmal eine Teilkreisumlage gerichtlich zu erstreiten, wird am Ende dazu führen, dass die Verkehrssysteme nicht besser, sondern schlechter funktionieren.

Wir sprachen bisher nur über die Ausgabe Seite, sollten uns aber auch noch einmal die Einnahmeseite verdeutlichen. Unsere kommunalen Haushalte sind noch immer im Wesentlichen abhängig von den Gewerbesteuerzahlungen der örtlichen Wirtschaft und den Steueranteilen, die Bund und Länder den Kommunen zugestehen – was übrigens keine Gnade darstellt, sondern auf verfassungsrechtlich verbrieften Ansprüchen beruht. Gleichzeitig gilt es aber auch festzuhalten, dass die staatliche, und damit auch die kommunale Finanzierung von einer abgabemäßigen Belastung der Erwerbsarbeit und wenn man so will, dem Ergebnis gewerblich erbrachter Produktions- und Dienstleistungen abhängt. In dem Umfang, in dem das

Arbeitsvolumen abnimmt und betriebliche Gewinne aus anderen Quellen herrühren, werden diese Quellen – womöglich auch in Monheim – anfangs langsam, aber später zunehmend und radikaler versiegen.

Ganz beispielhaft wird uns dies bereits im Einzelhandel vorgeführt.

Nun können wir als Kreis natürlich nichts an der Finanzarchitektur des Bundes und der Länder ändern. Wir sehen es aber als eine Aufgabe der Kreisverwaltung, insbesondere des Landrates, nicht zuletzt in seiner Funktion als Präsident des Landkreistages an, die Chancen und Risiken der sich abzeichnenden gesellschaftlichen Umstrukturierungen, sei es im Haushalts-, sei es im Verkehrs-, sei es im Umweltbereich wenigstens zu untersuchen und die Auswirkungen für den Kreishaushalt aufzuzeigen.

Offensichtlich sind wir nicht die einzigen, die sich über die Finanzierung der öffentlichen Haushalte Gedanken machen.

Sie Herr Landrat, haben in Ihrer Einbringungsrede darauf hingewiesen, dass der Landkreis nunmehr im 14. Jahr schuldenfrei sei. Was seinerzeit einer Grundsatzentscheidung im Sinne der Generationengerechtigkeit geschuldet gewesen sei, so ist doch nunmehr aufgrund der Niedrigzinslage eine neue Bewertung erforderlich. Uns scheint, dass diese Niedrigzinslage nicht erst seit gestern zu beobachten ist. Darüber hinaus haben wir auch bereits in früheren Jahren auf die unterschiedliche Qualität von Schulden zum Zwecke von investiven und konsumtiven Ausgaben hingewiesen, wofür wir seinerzeit nicht nur von Seiten CDU/FDP und UWG, sondern auch von Bündnis 90/Die GRÜNEN keinerlei Unterstützung erfahren haben. Wenn Sie nunmehr nach acht Jahren Niedrigzinspolitik zu der für Sie neuen Einsichten gelangt sind, soll uns dies aber nur recht sein. Sie haben richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir uns dann gemeinsam Gedanken über die Gestaltung der Tilgung machen müssen. Für eine Mitarbeit hieran stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung, hoffentlich auch die andere Seite des Hauses.



**Rede
zum
Doppelhaushalt 2020/2021
des Kreises Mettmann**

Sitzung des Kreistages
am Montag, dem 16. Dezember 2019

Fraktionsvorsitzende Brigitte Hagling

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
hochgeschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum Ende einer langen Wahlperiode haben sich Politik und Verwaltung darauf geeinigt, einen Doppelhaushalt zu verabschieden. Nicht zuletzt deshalb, damit sich der neue Kreistag nicht schon zu Beginn mit einem Haushalt befassen muss. Für das vorgelegte Werk danke ich der Kämmerei - an der Spitze Kreiskämmerer Martin M. Richter und dem neuen Kämmereileiter Christian Schölzel - für einen Haushaltsplanentwurf 2020/2021, der gut lesbar und transparent ist. Die ausführlichen Erläuterungen haben uns die Arbeit wesentlich erleichtert. Unser Dank gilt in gleicher Weise allen weiteren Bediensteten für ihr Engagement im vergangenen Jahr. Galt es doch, den Haushalt 2020/2021 auf SAP umzustellen. Unsere Anerkennung gilt auch dem inzwischen in den Vorruhestand getretenen langjährigen Kämmereileiter Lothar Breitsprecher.

Schon Marie Curie erkannte:

„Man merkt nie, was schon getan wurde, man sieht immer nur, was noch zu tun bleibt.“

Wie eingangs erwähnt, geht im nächsten Jahr eine lange Wahlperiode zu Ende, die zu Beginn durch die Flüchtlingssituation geprägt war und in diesem Jahr durch die Debatten zum Klimawandel geformt wurde. Und eines ist klar, meine Damen und Herren, der Klimawandel hat für die Menschheit dramatische Folgen. Die Kreisverwaltung und die Politik ziehen jedoch schon seit Jahren an einem Strang und befassen sich bei allen Neuanlagen mit dem Ziel, klimaschonend oder klimaneutral zu handeln. Und das nicht erst, seit es eine Greta Thunberg gibt. Allerdings hat sie es geschafft, dass jetzt die ganze Welt drüber redet. Also: tue Gutes und rede darüber. Der Kreis Mettmann hat bereits 2017 ein Klimaschutz- und Anpassungskonzept beschlossen, im vor uns liegenden Doppelhaushalt hat die Verwaltung dann eine zusätzliche Summe von 1.000.000,- € für Klimaschutzmaßnahmen eingestellt. Die verschiedensten Anträge sind schon gestellt, über die wir dann in einer gesonderten Ausschusssitzung verhandeln müssen. Die eine Millionen könnten – wenn man die Anträge betrachtet, mindestens dreimal ausgegeben werden. Deshalb sollten wir alle beachten, dass dieses Geld gut angelegt wird, abseits von politischen Machtspielen.

Auch so wichtige Änderungen, wie das Bundesteilhabegesetz müssen wir hinnehmen. Wie behinderte Mitmenschen damit klarkommen sollen, steht in den Sternen.

Die Ausgliederung des Chemischen Untersuchungsamtes sehen wir mit Skepsis.

Es ist jedoch schier unmöglich, alle Gesetzesänderungen – ob nun gut oder schlecht – in einer 10-minütigen Haushaltsrede unterzubringen.

Deshalb möchte ich nur einige Punkte ansprechen.

Fortschritte bei zwei Großprojekten

Im Mai 2019 hat die Kreisleitstelle in einem für diesen Zweck umgebauten Gebäude ‚Auf dem Hüls‘ in Mettmann ihren Betrieb aufgenommen, bis sie im Jahr 2021 in das neu errichtete Polizei- und Feuerwehrzentrum am ‚Adalbert-Bach-Platz‘ umzieht. Die Bauarbeiten hierfür sind im Zeit- und Kostenplan. Bisher sind leider nur acht Städte des Kreises auf die Leitstelle aufgeschaltet. Monheim am Rhein und Langenfeld betreiben eine eigene Leitstelle. Aber bis 2021 kann ja noch viel geschehen. Schauen wir nach vorn und hoffen, dass man in den beiden Städten im Südkreis zur Einsicht kommt und **Einigkeit und Solidarität** auch dort keine Fremdwörter mehr sind.

Auch im Neandertal tut sich etwas. Am 19. September 2018 war der Spatenstich, um den zentralen Talraum umzugestalten. Das Museumsumfeld soll aufgewertet werden. Auch der Spielplatz im Neandertal wird erweitert. Thematisch wird der Spielplatz sehr viel enger mit dem Thema Steinzeit, Urzeit, Neanderthaler verknüpft werden. Mit dem Umbau des Spielplatzes wurde im Oktober 2019 begonnen. Bleibt zu hoffen, dass im Sommer 2020 die Kinder endlich diesen neu gestalteten Spielplatz erobern können.

Tourismus

Schon seit Jahren fordert die UWG-ME, dass **der Tourismus** im Kreis Mettmann weiter gefördert und ausgebaut werden soll. Die im Dezember 2018 beschlossene Erarbeitung eines Radwegekonzeptes für den Kreis Mettmann konnte nach der Genehmigung des Haushaltes 2019 in Angriff genommen werden. Die Planung hat begonnen.

Leider ist am 30. 11. 2019 die Förderung für das Projekt „Typisch Neanderland“ ausgelaufen. 30 Betriebe im Neanderland haben das Siegel „Typisch Neanderland“ inzwischen erhalten und bilden ein funktionierendes Netzwerk. Ab dem 1. Dezember wird „Typisch Neanderland“ ohne Fördermittel weitergeführt und nachhaltig in das bestehende Tourismusmarketing des Neanderlands integriert.

Wir haben im Kreis Mettmann viele sehenswerte Einrichtungen, die wir im Auge halten sollten:

In Wülfrath steht zum Beispiel der Zeittunnel auf dem Prüfstand. In Ratingen muss mit dem „Blauen See“ etwas geschehen. Einen kleinen Fortschritt gibt es in Velbert: Für das Schloss Hardenberg existiert ein Konzept und die Landesförderung ist zugesagt. Alle Städte im Kreis haben ihre Highlights, die mit Sicherheit Tourismusmagnete sind oder werden können. Aber allein können die Städte die Kosten dafür nicht stemmen.

Die Erlebnistouren erfreuen sich großer Beliebtheit. Jedoch sind die Nachfragen für Kreisrundfahrten rückläufig. Aus diesem Grunde sollten die Kreisrundfahrten neu überdacht werden. Für das Jahr 2021 möchten wir anregen, dass die Kostenberechnung der Maßnahme „neanderland Tatorte“ überarbeitet wird. Hier könnten zum Beispiel die teilnehmenden und damit profitierenden Ateliers (Akteure) eine Art Teilnahmegebühr entrichten, um so die Kosten für diese Maßnahme zu senken.

Ebenso gehören die Biennale, der Neanderland-Cup und die Kreissportlerehrung auf den Prüfstand, weil die Kosten in keinem Verhältnis zu den erreichten Kreisbewohnern stehen. Bei diesen Events muss ein höherer Kostendeckungsgrad erzielt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem **Personalbudget** haben wir uns intensiv beschäftigt. Wir begrüßen es, dass die Verwaltung selbst eine Stellenreduzierung von bis zu 10 Stellen für 2020 und 2021 vorgeschlagen hat. Dadurch werden im Haushalt 2020 325.000 € und für 2021 650.000 € eingespart. Der herrschende Fachkräftemangel hat dazu beigetragen, dass nicht alle Stellen besetzt werden konnten. Vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten, Stellen zeitnah zu besetzen, hat die UWG-ME gemeinsam mit der CDU und der FDP den Veränderungsantrag gestellt, das Personalbudget um 1,5% per anno zu kürzen.

Ausgaben für **Schulen** sind Investitionen in die Zukunft und sollen in vollem Umfang den Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Das Landesprogramm „Gute Schule 2020“ wird uns dabei helfen, die Investitionen in unsere Schulen zu meistern. Auch die Schulsozialarbeit findet seine Fortführung. Das sind wir unseren Schülerinnen und Schülern schuldig.

Mehr als die Hälfte der Kreisumlage wird in Form der Landschaftsumlage an den Landschaftsverband Rheinland weitergereicht.

Der Landschaftsverband Rheinland beabsichtigt, den Hebesatz um 0,1% Punkte zu senken. Da die Beschlussfassung des Landschaftsverbandes ebenfalls heute stattfindet, wurde für den Kreisausschuss am 09.12.2019 ein Veränderungsantrag beschlossen, der unter dem Vorbehalt der positiven Beschlussfassung des Landschaftsverbandes und des Kreistages die Reduzierung der Ansätze im Haushaltsplan 2020/ 2021 in Höhe von rd. 1,2 Mio. € vorsieht. Diese Reduzierung soll sofort den kreisangehörigen Städten zugutekommen.

Der Kreis Mettmann ist im 12. Jahr in Folge schuldenfrei. Mit Recht kann die Verwaltung stolz darauf sein, nur einen Hebesatz von 29,43% Punkten in 2020 und 31,49 % Punkten in 2021 von den Städten einzufordern. Für den Haushalt 2020 hat der Kreis seine Ausgleichsrücklage eingesetzt. Damit verzichtet der Kreis zu Gunsten seiner 10 Städte auf eine eigene Ausgleichsrücklage. Da jedoch in 2021 keine Ausgleichsrücklage mehr zur Verfügung steht, muss zur Erreichung eines Haushaltsausgleiches der Hebesatz erhöht werden.

Die Bewahrung der Schuldenfreiheit des Kreises Mettmann sollte weiterhin Verpflichtung gegenüber der nachwachsenden Generation sein.

Es ist mühsam, immer wieder auf die Ungerechtigkeit im Gemeindefinanzierungsgesetz hinzuweisen. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Deshalb gilt unser Dank der Verwaltung, die immer wieder auf die Ungerechtigkeit dieses Systems hinweist.

Ich möchte noch einmal auf das von uns im vergangenen Jahr beantragte „Ampelmännchen“ im Neandertal zurückkommen. Sehr geehrter Herr Landrat, die Mehrheit hier im Kreistag fand diesen Antrag gut. Leider haben sich nicht alle Städte im Kreis dafür ausgesprochen. Ich wage jedoch noch einmal einen Vorstoß. Bitte lassen Sie die Fußgänger am Neanderthal Museum von einem Neandertaler Ampelmännchen über die Straße begleiten. Ich war vor einigen Wochen in Friedberg. Dort gibt es einen Elvis-Presley-Platz. An diesem Platz werden die Fußgänger an allen Ampeln mit Elvis' Hüftschwung über die Straße begleitet. Es gibt kaum einen Touristen, der hier nicht sein Handy zückt und ein Foto macht. In Friedberg ist Elvis ein Tourismusmagnet. Wenn so etwas in Friedberg möglich ist, sollten wir hier im Kreis Mettmann darauf bestehen, dass der Neandertaler auf unserer Fußgängerampel am Neanderthal Museum über die Straße bittet. Ein Mettmanner Grafik-Designer hat sich bereit erklärt, einen Neandertaler zu entwerfen, der auf eine Ampel passt.

Die UWG-ME besteht in diesem Jahr 30 Jahre. Wir haben auf eine große Feier verzichtet und sind bereit, die Kosten für die Umrüstung der Ampel im Neandertal zu übernehmen. Zum Schluss wünsche ich Ihnen und uns sachliche Beratungen und zukunftsweisende Beschlüsse zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Mettmann. Ihnen, Herr Landrat und Ihnen, Herr Kreisdirektor, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal besten Dank für die Erstellung dieses Zahlenwerks.

Das Rücksichtnahmegebot gegenüber den kreisangehörigen Städten wird eingehalten. Das wird auch daran deutlich, dass jede Verbesserung gegenüber dem Entwurf 1:1 an unsere Kommunen weitergegeben wird.

Im nächsten Jahr finden Kommunalwahlen statt. Deshalb sei es mir an dieser Stelle gestattet, einmal ein ganz persönliches Wort an Sie zu richten:
Im Jahre 2014 wurde ich von meinem Vorgänger Werner Horzella in das Amt der Fraktionsvorsitzenden hineingedrängt. Für mich war diese Aufgabe hier im Kreistag Neuland. Ich war also – was Kreistagspolitik betrifft – ein „Greenhorn“. Mir hat von Anfang an der nette und freundliche Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen gefallen. Auch die Verwaltung hat immer und stets freundlich alle meine Fragen beantwortet. Dafür möchte ich Ihnen allen einmal ein herzliches Dankeschön sagen. Sie haben mir die Einarbeitungszeit leicht gemacht.

Der Erfolg bietet sich meist denen, die kühn handeln; nicht denen, die alles wägen und nichts wagen wollen.

Die UWG-ME-Fraktion stimmt dem Doppelhaushaltsplan 2020/2021 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



STICHWORTE ZUR REDE VON KLAUS-DIETER VÖLKER ANLÄSSLICH DER VERABSCHIEDUNG DES KREISETATS 2020/21

Mettmann, 16. Dezember 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Es treibt mich um und ärgert mich mehr als mir lieb ist: die **Teilkreisumlage**.

Bei einer Kreisumlage von 391 Mio. Euro sind 25,4 Mio. Euro als Teilkreisumlage verbucht, d.h. 12 Teilkreisumlagen stehen zu Buche. Dass ist nicht zuletzt das Ergebnis der von der Stadt Monheim angestoßenen Klagen. Und das muss Konsequenzen haben!

Es kann nicht sein, dass künftig jede Stadt im Kreis klagt, wenn der Kreis einer Gemeinde auch nur einen Hauch mehr als Vorteil verschafft! Das gesamte Projekt „neanderland“ ist unter diesen Voraussetzungen nicht durchzuführen, denn die Leuchtturmprojekte in unserem Kreis liegen nun nicht mal nur in den reichen Gemeinden.

Die CDU schlägt deshalb eine Ergänzung des § 2 der bestehenden Kreisordnung dergestalt vor, dass der Satz (1) künftig lautet: „Die Kreise sind, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung zur Wahrnehmung der auf ihrem Gebiet begrenzten überörtlichen Angelegenheiten. *Sie fördern die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und vermitteln einen angemessenen Ausgleich der gemeindlichen Lasten.*“ Dann weiter wie gehabt.

Landrat Hendele in seiner Eigenschaft als Präsident des nordrhein-westfälischen Landkreistages wird gebeten, hier mit Nachdruck bei der Landesregierung vorstellig zu werden und das Problem zur Sprache zu bringen. Wenn Monheim im Land Schule macht, können die Kreistage einpacken; eine dem Gemeinwohl des gesamten Kreises Rechnung tragende Politik ist dann nicht mehr möglich!

Personaletat: Steigerung um 3,9 Mio. Euro und 2,4 Mio. Euro – Kürzung jeweils um 1,2 Mio. Euro. Das ist ein Pfund!

Globaler Minderaufwand – Städte greifen zu kurz und jammern, wenn wir zwei Jahre später die Kreisumlage erhöhen müssen.

Umwelt:

Konflikt Alt/Jung – Supermarkt Erlebnis: **Vortrag**.

E-Autos – Prof. Leske: 54 Mio. Fahrzeuge sind zugelassen – alle fahren elektrisch; 1 Mio. will tanken = 350 Gigawatt Stromverbrauch = 68,5 Gigawatt = 6fache unseres Stromnetzes!

Umweltspuren:

Meine Fraktion ärgert sich über dilettantische Umweltpolitik in Düsseldorf: So viel Hochmut und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Nachbarkreis ist nur mit dem Begriff „Panik“ zu erklären

und die Beiträge des Düsseldorfer Oberbürgermeisters auf dem Wirtschaftsforum der IHK in der Firma Qiagen in Hilden belegen das nachhaltig.

Geisel will ohne Rücksicht auf die Nachbarstädte seine Umweltprobleme auf Kosten hunderttausender Einpendler, die den Wirtschaftsstandort Düsseldorf am Leben halten, lösen. Und dabei hat sich der CO₂-Ausstoß in der gesamten Region überhaupt nicht verringert, er ist nur anderweitig verteilt worden, wobei ich die Messergebnisse im Autobahntunnel Wersten nicht wissen möchte. Aus meiner Sicht ist es nur logisch, dass der Verkehr zusammenbricht. Wenn man bei der Verkehrsmenge eine von zwei Fahrspuren dem Individualverkehr entzieht, ist der Zusammenbruch vorprogrammiert. Nach meinem Verständnis von Partnerschaft hätte man sich in Düsseldorf ein Scheibchen von den Essenern abschneiden sollen. Dort ist man ganz anders an das Thema herangegangen. Bevor die Planungen zur Einrichtung von Umweltpuren konkreter wurden, hat man umfangreiche Gutachten erstellen lassen und unter anderem die Taktung im Busnetz erheblich verbessert.

Die CDU Fraktion schlägt daher vor, im Rahmen der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann – Rhein-Kreis Neuss kurzfristig alle notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, die ein Umsteigen vom Pkw auf den ÖPNV schmackhaft und praktikabel machen, aufzulisten und in einem Maßnahmenkatalog zu priorisieren.

Die möglichst zeitnahe Umsetzung sollte durch Finanzierungshilfen des Bundes, des Landes NRW und der beteiligten Gebietskörperschaften machbar sein. Notfalls müssten dafür auch – wie seinerzeit beim „Aufbau Ost“ - gesetzliche Regelungen geändert oder vorübergehend eingeschränkt werden.

Jahrelange Versäumnisse dürfen nicht so auf dem Rücken der Einpendler ausgetragen werden, denn ohne diese würde die Landeshauptstadt am Tropf hängen!“

Energiewirtschaft - Deutschland braucht neue Atomkraftwerke !

Atom Müll könnte zur Energiequelle werden

Rainer Klute in der **ZEIT ONLINE** am 14.10.2019: ***Auszugsweise vorlesen.***

Klimaschutzmanagement: Unser Team ist bei der Arbeit. 55 Maßnahmen müssen in den nächsten 10 Jahren, 30 bereits in den nächsten 3 Jahren umgesetzt werden. Zudem werden alle von den Fraktionen eingebrachten klimaschutzrelevanten Anträge priorisiert und in einer Sondersitzung des zuständigen Fachausschusses beraten. Je 1 Mio. Euro stehen pro Jahr dafür zur Verfügung. Damit ist der Kreis gut aufgestellt! Und das, ohne das die Grünen dabei besonders hilfreich waren! Wie sagte doch der bekannte Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit im August dieses Jahres in einem Interview: „Traditionelle Parteien sagen im Wahlkampf: Wählt uns, und alles wird besser. Wenn die Grünen ehrlich sind, müssen sie sagen: Wählt uns, und alles wird schwieriger.“

Das programmierte Chaos: Weil oftmals an den falschen Stellen gespart wird und zunehmend Arbeitskräfte - sprich „Menschen“ - wie Roboter programmiert werden, wird jede kleine Störung zum großen Problem. Am Beispiel der Fluglotsen ist das täglich erlebbar, aber auch in der Automobilindustrie und bei der Bahn bekommen wir es vielfältig zu spüren. Das muss sich wieder ändern, denn auch hier spielt Umweltbelastung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Und wenn ernstzunehmende Prognosen zeigen, dass der Güterverkehr bis 2030 auf unseren Autobahnen noch mal um 40% zulegt, dann kriegen wir hier in unserem Ballungsgebiet noch viel Spaß!

Und damit sind wir beim **ÖPNV** - Auch wenn der VRR am Modellprojekt des Bundes teilnimmt, eine neue App Tickets mit allen Tarifen für ganz NRW ermöglicht, und ein Pilotprojekt – Next-

Ticket - künftig nur noch den realen Preis pro gefahrenen Kilometer verlangt, kann es mit dem ÖPNV so nicht weitergehen, denn der Traum des 365-Euro-Jahresticket à la Wien mündet schon bald in einem Alptraum und sollte von keinem vernünftigen Politiker weiterverfolgt werden. Wir müssen den ÖPNV als eine nationale Aufgabe begreifen, der überall gleich preiswert ist und für dessen Infrastruktur Milliarden vom Bund und den Ländern aufgewendet werden müssen. Und zwar nicht erst morgen! (Regio-Bahn, Westbahn).

Unzufriedenheit - Ein ganz großes, alle Parteien betreffendes Thema, ist die zunehmende Unzufriedenheit mit unserer Demokratie. 70% der Menschen in Deutschland sind der Meinung, dass sich das Land in die falsche Richtung bewegt. Vor allem beim Thema „**Gerechtigkeit**“ sehen 72% Handlungsbedarf. Wobei das Thema „**Armut**“ auf einem hohen Niveau diskutiert wird. Wir sind hier nur ein kleines Rädchen, aber wir sind vor Ort und deshalb sind wir aufgerufen, besser und noch viel mehr mit unseren Bürgern zu kommunizieren. Auf allen Wegen und mit viel Geduld und dazu bedürfen wir auch der Hilfe unserer Medien!

Was haben wir und was haben wir auf den Weg gebracht – Im Bereich **Soziales** und **Gesundheit** sind das freiwillige Leistungen in Höhe von 5,6 Mio. Euro von rd. 12 Mio. Euro, wobei die Seniorenbegegnungsstätten herausragen und trotzdem hier eine Weiterentwicklung hin zu „**Mehr-Generationen-Treffs**“ zukunftsweisend ist.

Neben dem weiteren Ausbau unseres Tourismusangebots „**neanderland**“, den hohen Investitionen im Bereich „**Schule**“ bleibt **Klimapolitik** ein wichtiges Thema. Die CDU will dabei mit einem „**1000-Dächer-Programm**“ ebenso ein Zeichen setzen, wie mit einem „**Schülerklimagipfel**“. Viele kleine Maßnahmen, wie die **Plastikmüllbeseitigung** runden das Bild einer auf die Zukunft gerichteten Nachhaltigkeitspolitik in allen Bereich unseres Kreises ab. Und wir haben mit dem Vorschlag des Landrats, alle klimarelevanten Anträge in einer Sondersitzung zu beraten, einen richtigen Schritt getan. Ich behaupte, **unser Kreis ist auf einem guten Weg!**

Und dann noch eine Anmerkung: Das Projekt „**100 Schulen für unsere Welt**“ das nicht zuletzt eines der Lieblingsthemen von Frau Haase ist, macht ja deutliche Fortschritte. Aber ich träume davon, dass alle Kreistagsabgeordneten mit dazu beitragen, dass das notwendige Startkapital durch den Verzicht auf Sitzungsgeld aufgebracht wird und unser Kreis schon bald eine Schule in der dritten Welt betreibt!



Haushaltsrede 2020/2021
der Vorsitzenden
der Fraktion DIE LINKE
im Kreistag des Kreises Mettmann
Ilona Kähler

Mettmann, den 16. Dezember 2019

Sperrvermerk: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Landrat Hendele,

der Wind dreht sich. Beim Thema Klimaschutz rotieren fast alle Parteien. Und auch hier im Kreistag hat sich im Zuge der Haushaltsberatungen gezeigt, dass sich der Handlungsdruck – Fridays For Future sei Dank – maßgeblich erhöht hat. Als unsere Fraktion Anträge stellte, wie die des Einsatzes eines Intelligenten Heizungssteuerungssystems oder der Prüfung von Dach- und Fassadenbegrünungen (die Liste ließe sich fortsetzen) wurden diese noch mehrheitlich abgelehnt.

Nun sind wir an einem Punkt angelangt, an dem das Thema Fahrt aufgenommen hat und eine Priorisierung möglicher Maßnahmen vorgenommen werden soll. Dies begrüßen wir.

Dabei ist uns natürlich bewusst, dass nur ein Teil der Ursachen in kommunaler Hand liegen. Aber genau diesen Teil müssen wir analysieren, müssen lokale Strategien entwickeln. Auch gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen. Und wir müssen uns diese Handlungsoptionen leisten! Aktuell sind eine Million Euro im Haushalt für das Produkt eingestellt. Hört sich viel an – ist es jedoch nicht. Allein die Ziele, die formuliert sind, lassen erkennen, dass wir weit mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Wir müssen an dieser Stelle vor allem auch die Kommunen – nicht alle sind wie Monheim auf Rosen gebettet - bei dieser Herausforderung unterstützen. Auch finanziell. Spätestens jetzt ist der nachfolgenden Generation nicht mehr vermittelbar, dass Generationengerechtigkeit mit einer schwarzen Null einhergeht. Übrigens gilt dies nicht nur beim Thema Klimaschutz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

natürlich müssen wir uns auch die Frage stellen, wie wir notwendige Veränderungen in der Mobilität realisieren? Hier würde ich mir mehr Mut in diesem Lande wünschen. Ein Blick in unser Nachbarland zeigt, was bei vorhandenem Willen, möglich ist. In Wien muss jeder Arbeitgeber seit 2012 zwei Euro pro Mitarbeiter und Woche für den Ausbau der U-Bahn an die Stadt zahlen. Unternehmerischer Erfolg macht sich eben nicht nur an Gewinnmaximierung fest, sondern bilanziert sich auch anhand der Leistung für das Gemeinwohl.

DIE LINKE fordert seit Jahren einen steuerfinanzierten kostenlosen Nahverkehr. Nachdem die Bundesregierung Brüssel Ideen für saubere Luft in den Städten liefern muss, wird dieser endlich auch in unserem Land heiß diskutiert. Und während in Deutschland – wie üblich debattiert, eine Tagung nach der anderen durchgeführt und gehadert wird, führt das kleinste Land der EU – Luxemburg - ab dem 01.01.2020 den kostenlosen Nahverkehr ein. Weniger Staus, weniger Autoabgase, bessere Luft. Eine mutige, kluge sozial-ökologische Entscheidung.

Heute haben wir auch im Kreistag zwei Anträge zum Thema vorliegen. Und schon offenbart sich das Problem. Jede Kommune, jede Region „bastelt“ an ihrem „eigenen Glauben“. Allein das 365-Euro-Ticket ist in unterschiedlichen Varianten an den Start

gegangen. Während man in Görlitz diesen Betrag auf einmal hinblättern muss, kann man in Reutlingen dieses auch monatlich zu einem Zahlwert von 33 Euro beziehen.

Ein weiteres Problem - die Fahrbereiche.

Betrachtet man die Verkehrsströme – ergibt sich laut Studie der IHK folgendes Bild: Täglich pendeln 49.180 Menschen allein aus dem Kreis Mettmann in die Landeshauptstadt ein. Insgesamt verzeichnet der Kreis Tag für Tag je 156.000 Ein- und Auspendler. Rund 75 Prozent dieser Pendler kommen mit dem Auto zur Arbeit. Diese Tatsache müssen wir berücksichtigen, wenn wir den Individualverkehr zurückdrängen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine ökologisch und sozial nachhaltige Verkehrswende bedingt ein gut ausgebautes Verkehrssystem – wenn schon nicht zum Nulltarif - zumindest mit einfachen und günstigen Tarifen.

Dazu gehört ein flächendeckendes Netz, mit attraktiven Taktzeiten sowie der Ausbau von Park-and-Ride-Anlagen an wichtigen Knotenpunkten.

Nicht zuletzt muss an dem Service gearbeitet werden. Auch hier machen uns kleinere Länder – wie Belgien vor – wie es funktioniert.

Schritt-für-Schritt-Wegbeschreibungen zu jeder Sehenswürdigkeit, Straße oder Station. Detaillierte Netzpläne und Servicemeldungen – leicht verständlich und für jeden jederzeit abrufbar – machen es Einheimischen und Besuchern leicht, sich durch Belgien zu navigieren. Wohin und wie weit muss ich gehen? Wie lange muss ich auf meine Linie warten? Alles kein Problem. In unserem Kreis beginnt die Verzweiflung für viele bereits am Ticketautomat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen aber auch den Mut aufbringen, beim Flächenverbrauch auf die Bremse zu treten. Das Bundesumweltamt will Flächen sparen. D.h. weniger Flächen für Siedlungen und Verkehr beanspruchen und fruchtbare Böden erhalten. Aktuell – und dies belegen allein die ersten Änderungen des Regionalplans Düsseldorf – setzt sich hier wie in anderen Regionen des Landes ein anderer Trend fort. Allein im Jahr 2017 wurde bundesweit täglich eine Fläche von rund 58 Hektar neu ausgewiesen - meist zulasten der Landwirtschaft und fruchtbarer Böden. Das entspricht etwa der Größe von ca. 82 Fußballfeldern. Wir brauchen nur den Blick nach Wülfrath-Düssel richten und erkennen, auch hier sollen ökologisch wertvolle Böden zu Bauland umgewidmet werden. Paradox in diesem Zusammenhang: Die Bezirksregierung identifiziert die Fläche als regional wertvollen Siedlungsbereich, um diese Einschätzung Wochen später zu korrigieren. An der Ausweisung als Allgemeinen Siedlungsbereich wird weiter festgehalten – jetzt aber für den lokalen Bedarf. Was für ein Schildbürgertum!

Was wir brauchen sind innovative Konzepte, um Flächen umweltschonend und effizient zu nutzen. Die Förderung der Innenentwicklung von Ortschaften ist ein

lohnender Ansatz. Unter anderem müssen auch die bundesweiten Regelungen für Ausgleichsmaßnahmen so überarbeitet werden, dass Eingriffe in Natur und Landschaft nicht mehr wie bisher vor allem auf vormals landwirtschaftlichen Böden ausgeglichen werden. Die Entsiegelung nicht mehr benötigter Flächen wäre hier der bessere Weg!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Ausweisung neuer Gewerbegebiete zu rechtfertigen, da Kommunen so Gewerbetreibende „anlocken“ und vielleicht höhere Gewerbesteuererinnahmen generieren, kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Vielmehr muss die logische Schlussfolgerung sein, dass die Finanzierung kommunaler Daseinsvorsorge eine verlässliche finanzielle Basis verlangt. Insofern bin ich den Kolleginnen und Kollegen der SPD dankbar, dass sie heute die Resolution "Für einen gerechten Gewerbesteuersatz" vorgelegt haben. Allerdings – und das muss auch gesagt werden – die ungleiche Verteilung von Gewerbesteuererinnahmen lässt sich so bestenfalls eindämmen, aber nicht beseitigen. Was bleibt ist, dass die Gewerbesteuer stark von der konjunkturellen Lage abhängig ist.

Seit der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer im Jahr 1998 ist die wichtigste Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer der Gewinn der Betriebe. Dies hat zur Folge, dass prosperierende Regionen weit mehr Steuereinnahmen pro Einwohner verzeichnen als Gemeinden, die mit hoher Arbeitslosigkeit oder Firmenverlagerungen zu kämpfen haben. Ich denke da u.a. an die Knorr-Bremse GmbH in Wülfrath. Und diese ziehen nicht wegen niedriger Gewerbesteuersätze nach Monheim, nicht in ein anderes Bundesland, sondern verlassen wie viele andere Unternehmen gleich unseren Kontinent.

Wenn tatsächlich die Schwächen des Systems bekämpft werden sollen, muss der Bund die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickeln. Nur so können wir die Einnahmen der Kommunen erhöhen und diese verlässlicher gestalten. Und nebenbei bemerkt, es ist unerträglich, dass die Bundesregierung es stillschweigend hinnimmt, dass Unternehmen ihre Produktionsstätten zur Steueroptimierung ins Ausland verlagern können.

Sehr geehrter Herr Landrat Hendele,

Sie haben ja viele Funktionen. In erster Linie sind Sie Landrat des Kreises Mettmann. Sie sind aber auch Präsident des Landkreistages NRW, Stellvertretender Vorsitzender der Metropolregion Rheinland und haben auch in Ihrer Partei enge Verbindungen. Warum gelingt es Ihnen nicht – oder anders gefragt – warum sehen Sie nicht die Notwendigkeit – Gesetzesinitiativen anzuschieben, um z.B. eine Erhebung einer Kreisumlage mit progressivem Anteil zu ermöglichen?

Noch ist der Kreis Mettmann mit rund 30.000 Betrieben, der Landkreis mit den meisten Gewerbebetrieben. Da lohnt sich doch die Überlegung ein Instrument zu implementieren, das eine gerechtere Verteilung der finanziellen Belastungen ermöglicht.

Hand aufs Herz – wie brauchen doch nicht einmal die Ausführungen unserer Kommunen im Rahmen des Verfahrens zur Benehmensherstellung, um zu attestieren, dass akuter Handlungsbedarf besteht.

Das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse ist zwar im Grundgesetz verankert, aber die Wirklichkeit der Menschen ist in allen kreisangehörigen Kommunen eine andere. Grundsteuerhebesätze, Gewerbesteuern, Kitabeiträge usw., usf. bestimmen den Alltag.

Sehr geehrter Herr Landrat,

es geht um Solidarität, die Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, um Geld und persönliche Freiheit. Zeit, dass auch hier eine so lebhaftige Debatte entfacht wird, wie wir es derzeit beim Klimaschutz erleben dürfen.

Der demografische Wandel stellt den Kreis vor weitere Herausforderungen. Der Bedarf an altersgerechten Wohnungen und Quartierslösungen, seniorengerechte Mobilität oder auch der Bereich der Gesundheitsversorgung gewinnen an Bedeutung. Im Wohnungsbau wurde bis dato vor allem auf Privatisierung und energetische Sanierung gesetzt. Private Wohnbaugesellschaften haben zwar seniorengerechten Wohnraum geschaffen, aber dieser ist weder preisgünstig noch reicht er aus.

Das Fehlen von barrierefreien Wohnungen führt dazu, dass in den kommenden Jahren noch mehr Seniorinnen und Senioren in Pflegeheime umziehen müssen. Unabhängig davon, dass es uns in erster Linie um den Menschen geht und wir den Verbleib älterer Bürgerinnen und Bürger in ihrem sozialen oder familiären Umfeld sichern möchten, verlangen steigende Kosten nach sinnvollen Lösungen. Wir haben mehrfach Vorschläge unterbreitet. Nicht wegdiskutieren lässt sich die Tatsache, dass die stationäre Unterbringung und Pflege deutlich teurer als die häusliche ist.

In Ihren Reden zur Einbringung des Haushaltes, haben Sie Herr Landrat und Sie Herr Richter, die steigenden Transferleistungen wie in den Vorjahren hervorgehoben. Jetzt wäre es schön, wenn auch hier – wie beim Klimaschutz - der Wind in die richtige Richtung blies.

Kreis und Kommunen möchten als familienfreundlich gelten. Möchten dem demografischen Wandel entgegenwirken und junge Familien halten oder als neue Einwohnerinnen und Einwohner begrüßen. Das verlangt aber auch hier nach den entsprechenden Strukturen. Qualitativ und quantitativ gute Kitas und Schulen, außerschulische Bildungsangebote, zu günstigen Konditionen, Freizeitaktivitäten, die allen zugänglich sind und nicht zu vergessen bezahlbare Wohnungen.

Ein Workshop der zum Inhalt hat, preiswerten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ggf. mit dem Ergebnis eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, eine Wohnungsgenossenschaft oder Projektgesellschaft zu gründen, hätte transparenter und unter Beteiligung der Kreispolitik durchgeführt werden müssen.

Natürlich können wir auf kommunale Bauträger verweisen und darauf, dass es nicht einfach, nicht gewollt sei. Doch das Thema damit abtun, dass wir nicht zuständig sind, halten wir für zu kurz gedacht. Andere Landkreise gehen diesen Weg. Nicht immer schließen sich alle Kommunen dieser gemeinsamen Lösung an. Diese Tatsache führt aber nicht dazu, dass die zuständigen Landräte – ich formuliere es mal gewollt salopp – vor ihren Gemeinden kapitulieren.

Wer solch einen Ansatz verfolgt, ist gut beraten „Best-Practice-Beispiele“ anzuführen. Ganz so – wie es beim letzten Treffen des RegioNetzWerkes in Ratingen zum Thema Mobilität vorgelebt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Herr Landrat,

wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu erbringen, erfordert eine vernünftige und sachgerechte Personalpolitik. Ein Personalkostendeckel, der verlangt, Stellen nicht zeitnah zu besetzen, ist unverantwortlich und erschwert den Fachämtern sachgerechte Entscheidungen zu treffen.

Sie liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, UWG und FDP verstärken den Sparzwang und verkaufen diesen als Wohltat für die notleidenden Kommunen. Stellen absichtlich unbesetzt lassen und so Druck, Stress und Leistungsverdichtung für die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen in Kauf zu nehmen, trägt sicher nicht zu einem gesunden Arbeitsklima bei.

Bei der Suche nach neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist Schnelligkeit gefragt. Stellenprofile, die sich bei Bedarf abrufen lassen, die Erstellung von Kandidatenpools, um geeignete Fachkräfte gezielt anzusprechen und so Stellen in kürzester Zeit zu besetzen, würde der Verwaltung im Kampf um potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Vorteil verschaffen. Bewerberinnen und Bewerber schauen genau hin. Auch wenn Sie, Herr Landrat darauf verweisen, dass die Beschäftigten ihrem Arbeitgeber gute Noten ausstellen, offenbaren Umfragen eine „andere Wahrheit“: Viele Bewerberinnen und Bewerber wenden sich der Privatwirtschaft zu und schätzen kommunale Arbeitgeber als weniger attraktiv ein. Nicht nur fehlende Karrierewege werden angeführt, auch die Tatsache, dass es Kommunen an flexiblen Strukturen und Prozessen mangelt und Stellen nicht zügig besetzt werden, wird als Manko ausgemacht. Inzwischen geht es aber nicht nur darum, neues Fachpersonal zu gewinnen. Es geht auch darum, Personal zu halten und das entsprechende Know-How zu bewahren. Zu leistende Überstunden sowie die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheiden, sprechen eine eigene Sprache. Klug beraten ist, wer neuen Kolleginnen und Kollegen in einer Übergangsphase ermöglicht, vom Können und Wissen langjähriger Verwaltungsfachkräfte zu partizipieren. Und auch das gehört zur Wahrheit: Personalverantwortliche brauchen genügend zeitliche und personelle Ressourcen, um sich auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Personalgewinnung konzentrieren zu können.

An dieser Stelle erlaube ich mir, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung unseren Dank auszusprechen. Für Ihre Loyalität gegenüber Verwaltung und Politik. Für Ihre respektvollen Umgangsformen und für Ihren Fleiß,

denn Sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Mettmann, an den Tag legen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir verabschieden einen Haushalt, von dem wir bereits heute wissen, dass allein die vorgesehenen Kosten der Unterkunft eine Korrektur verlangen. Wir verabschieden einen Haushalt, der einen Stellenplan ausweist, denn der Kreis so nicht finanzieren wird. Wie kann und soll man diesem Werk seine Zustimmung erteilen?

Die Fraktion DIE LINKE kann es nicht und lehnt den Haushaltsplan 2020/2021 ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Kreistag Mettmann
Kreishaus
Düsseldorfer Straße 26
40822 Mettmann
Tel. (02104) 99 29 74
Fax. (02104) 99 59 74
E-Mail. gruene.fraktion@kreis-mettmann.de
www.gruene-kreis-mettmann.de

Mettmann, 16. Dezember 2019

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2020 / 2021 des Kreises Mettmann

in der Sitzung des Kreistages des Kreises Mettmann am 16. Dezember 2019
vorgetragen von Bernhard Ibold

Gestaltungsräume nutzen - Städte unterstützen - Kreisgemeinschaft stärken

1. Fortschreitender Klimawandel vor Ort spürbar 2
2. Klimaschutz ausbauen – Neue Projektideen umsetzen 4
3. Multimodale Mobilität fördern – Regionale Abstimmungen forcieren 6
4. Erschwinglichen Wohnraum forcieren – Kreisentwicklungsgesellschaft einrichten 8
5. Kreisperspektive erweitern – Städteübergreifender Motivator und Moderator 9

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sehr geehrte Damen und Herren.

1. Fortschreitender Klimawandel vor Ort spürbar

Schon wieder ein Rekordjahr: 2019 war der drittheiße Sommer seit Beginn der Wettermessungen 1881.¹ Ende Juni² und Ende Juli³ kam es zu außergewöhnlichen Hitzewellen. Im Juli wurde an drei Tagen örtlich über 40 Grad gemessen. Erstmals haben die Temperaturen in Deutschland die Marke von 42 Grad überschritten.⁴ Jeder Sommermonat ging mit einem deutlichen Überschuss an Wärme und Sonnenschein, aber auch mit einem erheblichen Regendefizit zu Ende. Der Juli war weltweit der heißeste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.⁵ Von den elf wärmsten Jahren Deutschlands liegen neun in den vergangenen 19 Jahren.⁶ Weltweit liegen die 20 wärmsten Jahre in den letzten 22 Jahren.⁷ 2015, 2016, 2017 und 2018 waren weltweit die heißesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.⁸ Das Jahr 2019 dürfte nach der Jahresendauswertung wohl hinzu kommen. Eine der Folgen: Der ökologische Zustand der Wälder in NRW weist in diesem Jahr den schlechtesten Wert seit Beginn der Erhebungen vor 35 Jahren aus⁹ - ein zusätzliches Alarmsignal.

Seit Beginn der Industrialisierung haben die weltweiten Durchschnittstemperaturen um rund ein Grad zugenommen - in Deutschland sogar um 1,5 Grad.¹⁰ Ebenfalls seit Beginn der Industrialisierung hat Deutschland fast fünf Prozent zur weltweiten Erderwärmung beigetragen. In unserem Land werden zwei Prozent der weltweiten Treib-

1 https://www.dwd.de/DE/presse/pressemitteilungen/DE/2019/20190830_deutschlandwetter_sommer2019_news.html?nn=495078;

vgl. https://www.wetterdienst.de/Deutschlandwetter/Thema_des_Tages/3797/deutschlandwetter-im-sommer-2019

2 https://www.dwd.de/DE/leistungen/besondereereignisse/temperatur/20190703_bericht_juni2019.pdf?__blob=publicationFile&v=2

3 https://www.dwd.de/DE/leistungen/besondereereignisse/temperatur/20190801_hitzerekord_juli2019.pdf?__blob=publicationFile&v=2

4 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/erneuter-hitzerekord-erstmal-ueber-41-grad-in-deutschland,RXFDO7>

5 <https://www.welt.de/vermischtes/article197998515/Wetter-Juli-2019-ist-der-weltweit-heisseste-Monat.html>; vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/juli-temperaturrekord-101.html>

6 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164050/umfrage/waermste-jahre-in-deutschland-nach-durchschnittstemperatur>

7 https://de.wikipedia.org/wiki/Globale_Erw%C3%A4rmung

8 <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten>

9 https://www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/Broschueren/waldzustandsbericht_langfassung_2019.pdf

10 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/faq-klimaschutz-1669140>

hausgase mit nur einem Prozent der Weltbevölkerung verursacht - mit anderen Worten: Jeder von uns verursacht doppelt so viele Treibhausgase wie der weltweite Durchschnitt.¹¹

Genau das machen die 'Fridays for Future' unterstützenden Menschen aus allen Generationen immer wieder deutlich und fordern eine rasche Umsteuerung. Mit Stand März 2019 hatten sich bereits über 700 Wissenschaftler mit 'Fridays for Future' solidarisiert. Sie weisen darauf hin, dass mit den weltweit vorliegenden Vorschlägen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen die Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts wahrscheinlich bei über 3 Grad liegen wird. Hier heißt es wörtlich: "Bei derzeitigen Emissionen reicht das verbleibende globale CO₂-Emissionsbudget für den 1,5-Grad-Pfad nur für etwa 10 Jahre. Auch für den 2-Grad-Pfad reicht es nur für etwa 25–30 Jahre."¹² Bekanntlich verpflichtet das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 die UN-Staaten, die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten. Möglichst soll eine Begrenzung auf 1,5 Grad erreicht werden. Bei der Umsetzung glänzt unser Land übrigens keineswegs als Vorreiter: Im zur aktuellen UN-Klimakonferenz in Madrid von Umweltorganisationen vorgelegten internationalen Ländervergleich zum Klimaschutz werden die Aktivitäten in Deutschland nur im Mittelfeld auf Rang 23 unter 61 Nationen gelistet und mit "mäßig" bewertet.¹³

Hinter den genannten Zahlen zeigt sich eine für die Zukunft unseres Planeten überlebensentscheidende Situation, die die heutige Generation sofort aktiv gestalten muss. Für uns ist es daher unverständlich, dass der Landrat in seiner Haushaltseinbringung dieses über unsere menschliche Zukunft entscheidende Thema nur sehr selektiv und ohne einen konstruktiven Beitrag des Kreises aufgegriffen hat. Einhellig äußerst meine Fraktion ihre Enttäuschung darüber, dass er Lösungsansätze von 'Fridays for Future' als radikal bezeichnet und von einer demokratieunverträglichen Absolutheit spricht, diese mit der Zerstörung von Arbeitsplätzen bis zum Kollabieren der deutschen Wirtschaft, einer drastischen Zunahme der Arbeitslosigkeit und dem Zusammenbruch des sozialen Friedens in Verbindung bringt.¹⁴

11 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/faq-klimaschutz-1669140>

12 <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/>

13 <https://germanwatch.org/de/17418>

14 <https://www.kreis-mettmann.de/Weitere-Themen/Erweiterte-Suche/index.php?La=1&NavID=2023.24&object=med.2023.6747.1.PDF>, hier S. 7f.

Greta Thunberg appellierte beim diesjährigen UN-Klimagipfel in New York an Politik und Wirtschaft: "Wir befinden uns im Anfang eines Massenaussterbens, und alles, woran ihr denken könnt, sind Geld und Märchen von ewigem Wachstum. Wie könnt ihr es wagen! ... Die Welt wacht auf und es wird Veränderungen geben, ob ihr es wollt oder nicht."¹⁵

Wir GRÜNEN nehmen die anstehenden Veränderungen konstruktiv an. Wir begegnen ihnen mit der Erschließung neuer Wege zur Gestaltung und Sicherung der Lebensgrundlagen unserer Kinder und unseres Planeten. Hier ist es ermutigend, dass das EU-Parlament kürzlich mit Zwei-Drittel-Mehrheit den 'Klimanotstand für Europa' ausgerufen hat.

Selbstverständlich haben solche globalen Entwicklungen einen direkten Bezug zum Kreis Mettmann und zu unserer konkreten Verantwortung vor Ort. Denn gerade durch politische Beschlüsse hier im Kreistag können wir in unserem Lebensumfeld gemeinsam wichtige regionale Beiträge leisten.

2. Klimaschutz ausbauen – Neue Projektideen umsetzen

Dazu ist im vorliegenden Doppelhaushalt mit zwei mal einer Million Euro für den Klimaschutz ein guter finanzieller Anfang gemacht. Der Landrat hatte im Oktober bei der Einbringung des Haushaltes darauf hingewiesen, dass von der Kreisverwaltung keine Festlegungen und konkreten Vorschläge zur Mittelverwendung gemacht wurden, um Gestaltungsvorschläge der Fraktionen einzubinden. Dass hier kurzfristig - nachdem die Ansätze der Fraktionen nun vorliegen - die Vorschläge vom neuen Klimaschutzmanagement nun erst einmal bewerten und die Beratungen damit in das Jahr 2020 vertagen werden, führt hoffentlich nicht zu einer Verzögerung der Aktivitäten. Wir sind guten Mutes, dass sich der langwierige Prozess bis zur Einführung des Kreis-Klimaschutzmanagements hier nicht wiederholt.

Sehr gerne haben wir das erwähnte Gestaltungsangebot aufgegriffen und zahlreiche Initiativen zum Einsatz des Klimaschutzbudgets eingebracht. Hier will ich die drei weit-

¹⁵ <https://www.welt.de/politik/ausland/article200813982/UN-Wie-koennt-Ihr-es-wagen-ruft-Thunberg-den-Politikern-entgegen.html>; vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/greta-thunberg-wirft-politikern-versagen-beim-klimaschutz-vor-16399416.html>.

reichenden Vorschläge nennen, um den Klimaschutz mit der Qualifizierung langzeitarbeitsloser Menschen zu verbinden. Mit Unterstützung des Teilhabechancengesetzes wollen wir langzeitarbeitslose Menschen in den Projekten 'Umweltbildung', 'Umweltkümmerer' und 'Mobile Radwegpflege' qualifizieren, so den Natur- und Umweltschutz fördern und gleichzeitig berufspraktische Fähigkeiten zum beabsichtigten Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermitteln. Zudem bringen wir die Anregung zur Anpflanzung von jeweils 100 Bäumen in 2020 und 2021 ein. Auch unser Vorstoß einer Konzeptentwicklung zur Vermittlung von Naturerfahrung und Naturwerten für alle Generationen hat eine grundsätzliche Bedeutung. Dies trifft ebenso auf unseren Antrag zur Erstellung einer Bodenfunktionskarte zur ausgewogenen Bodenbewertung mit dem Ziel des Bodenschutzes zu. Vergessen will ich nicht unseren Vorschlag zur Erhebung der Methan-Emittenten im Kreisgebiet, da Methan im Vergleich zu CO₂ ein 25fach stärkerer Klimaschadenseffekt zukommt und es so substantiell am Treibhauseffekt beteiligt ist.¹⁶

Wie Sie sehen, bleiben wir auch vor den vertagten Beratungen zur Ausfüllung des Klimaschutzbudgets motiviert, obwohl das ablaufende Jahr hier im Kreistag kein Ruhmesblatt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit war. Vielmehr wurde unser Antrag abgelehnt, der Initiative 'LAG 21 - Netzwerk Nachhaltigkeit NRW'¹⁷ beizutreten, um Projekte und Ziele der Nachhaltigkeit im Kreis Mettmann wirksam zu fördern. Unser Antrag zur Einleitung einer Verkehrswende mit einem klaren Bekenntnis gegen den A3-Ausbau wurde mit einem inhaltlich unpräzisen Gegenantrag ausgehebelt. Unser Vorstoß zur Einführung des Kriteriums 'Klimavorbehalt' in alle Entscheidungsvorlagen hatte eine langatmige Begriffsdiskussion bis hin zu einem inhaltlich nicht umsetzbaren Erweiterungsantrag einiger anderer Fraktionen zur Folge. Hier erinnere ich vor allem an den Versuch, den Begriff 'Klimawandel' zu vermeiden, hingegen viel unbestimmter 'Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit' zu bewerten. Kein Wunder ist die danach von der Verwaltung rasch eingereichte Analyse, dass diese Kriterien so nicht bewertbar sind. Im Ergebnis ist unser GRÜNER Vorstoß jetzt umgesetzt. Er heißt nun nicht mehr 'Klimavorbehalt', sondern 'Klimarelevanz'. Das ändert aber nichts an dem von uns beabsichtigten Prüfinhalt für alle künftige Entscheidungsvorlagen.

¹⁶ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase>

¹⁷ <https://www.lag21.de>

Mit diesen Erfahrungen drängt sich uns GRÜNEN zum Jahresabschluss der Eindruck auf, dass hier viel über den Klima-, Umwelt- und Naturschutz geredet wird, dass bei der praktischen Umsetzung aber ebenso 'viel Luft nach oben' bleibt. Wie Sie den letztjährigen Haushaltsreden entnehmen können, haben wir GRÜNEN immer wieder auf die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes und Einrichtung des Klimaschutzmanagements gedrängt. Beides liegt nun endlich vor. Beides verbinden wir jetzt mit der Hoffnung auf eine Trendwende in der Klimapolitik von Kreistag und Kreisverwaltung.

Dazu gehört wesentlich auch, dass die Bebauung von klimarelevanten Freiflächen der kreisangehörigen Städte nicht weiter ausufert. Die langwierigen Diskussionen um den Regionalplan haben in den letzten Monaten zum Glück gezeigt, dass sich - zumindest vereinzelt - Städte gegen die von der Landesregierung vorangetriebene Freiflächenverplanung auch im Außenbereich zur Wehr setzen und in Ratsbeschlüssen für den Erhalt der Flächen votieren. Mit dieser Erfahrung sollten wir hier im Kreistag jetzt schnell stadtübergreifende Perspektiven des kreisweit abgestimmten Freiflächenschutzes angehen. Zur Erinnerung: Der Kreis Mettmann ist bereits der am dichtesten besiedelte Landkreis in Deutschland.¹⁸ Rund 40% der Kreisfläche sind mit Siedlungs- und Verkehrsflächen belegt – im vergleichbaren Landesdurchschnitt sind dies nur 23%.¹⁹

3. Multimodale Mobilität fördern – Regionale Abstimmungen forcieren

Das geht natürlich auch am Verkehrsaufkommen nicht spurlos vorbei. Wir GRÜNEN begleiten die derzeit vorliegenden Ausbauplanungen der A3 auf acht Fahrspuren plus zwei Standstreifen seit 2018. Wie Sie wissen, haben wir hier frühzeitig eine Bürgerinformation beantragt, die dann letztlich vom Kreistag auch beschlossen wurde. Danach hat sich der Kreis im Frühjahr 2019 an einem entsprechenden Informationsabend der Stadt Langenfeld beteiligt. In der dortigen Stadthalle war das Interesse mit deutlich über 400 Teilnehmenden groß und die Meinung nahezu einhellig gegen die Ausbauplanung gerichtet. Zudem fordern schon seit längerer Zeit Umweltverbände, die Bürgerinitiative 'Drei reicht! Kein Ausbau der A3' und wir GRÜNEN die Gesetzgeber zur Prüfung auf, ob eine temporäre Freigabe des bisherigen Standstreifens zur Nutzung bei hohem Verkehrsaufkommen eine Alternative wäre.

¹⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/Bevölkerungsdichte>

¹⁹ <https://www.it.nrw/sites/default/files/Kommunalprofile/105158.pdf>, S. 3. Hier datiert der letzte Erhebungsstand des Landesbetriebes IT.NRW von Ende Mai 2017, so dass sich diese Entwicklung seitdem noch verstärkt haben dürfte.

Ich habe eben schon erwähnt, dass wir Mitte des Jahres einen Antrag zur deutlichen Positionierung des Kreises gegen die Ausbauplanungen und für eine einzuleitende Verkehrswende in den Kreistag eingebracht hatten. Schnell wurde von anderen Fraktionen auch hier ein Gegenantrag formuliert, der in der Konsequenz „butterweich“ ist. „Hilfsweise“ - so im Antrag genannt - öffnet dieser sogar Tür und Tor für einen Ausbau als Schlingerstrecke zwischen den von der Erweiterung auszunehmenden FFH- und Naturschutzgebieten. Zudem weist er auf die Forderung nach einer Ertüchtigung der Autobahnkreuze Hilden und Langenfeld hin - wie, wird nicht erwähnt - und verliert kein Wort über Alternativen zum flächenfressenden Ausbau der westlichen Raststätte Ohligser Heide. Begleitet wird das von verwirrenden A3-Stellungnahmen der CDU-Landtagsabgeordneten im Südkreis.²⁰

Deutlicher haben dann Ende November der Landrat und die Bürgermeister von Langenfeld, Leichlingen und Solingen eine dauerhafte Freigabe der Standspur beim Bundesverkehrsminister unter Verzicht auf den Ausbau eines neuen Standstreifens gefordert. Allerdings hatte Straßen.NRW vorher immer wieder die auch hier im Kreistag bekannte Auskunft gegeben, dass eine dauerhafte Nutzung gesetzlich nicht umsetzbar sei, da eine Standspur aus Gründen der Verkehrssicherheit verbindlich vorgehalten werden müsse. Daher vermittelt der Brief zwar eine im Grundsatz positive, gemeinsam über Stadtgrenzen hinausgehende Aktivität, lässt aber letztlich umsetzbare Alternativen zu den Ausbauplanungen vermissen. Und von der Raststätte und den Autobahnkreuzen haben auch die Bürgermeister und der Landrat in ihrem Brief nichts erwähnt.

Damit ist eine grundsätzlich notwendige Neuorientierung der Verkehrs- und Mobilitätspolitik in unserem Kreis nicht in Sicht. Erste Versuche sind dagegen im Umland zu erkennen. Dies zeigt die aktuelle Diskussion zur Düsseldorfer Umweltpur. Der Ansatz zur Regulierung des PKW-Verkehrs mit Umweltpuren ist angesichts drohender Fahrverbote verständlich und mit Blick auf die sinkenden Stickstoffoxid-Werte an der Corneliusstraße effizient. Noch effizienter wäre ein gemeinsames Vorgehen der Politik und Verwaltungen der umliegenden Kreise, von wo aus das "Düsseldorfer Verkehrsproblem" größtenteils heran rollt, weil schadstoffärmere Mobilitätsalternativen fehlen.

²⁰ https://rp-online.de/nrw/staedte/langenfeld/langenfeld-a3-schlottmann-ist-fuer-acht-spuren_aid-45440081

Seit vielen Jahren werben wir GRÜNEN für die Schaffung von alltagstauglichen Übergängen zwischen verschiedenen Verkehrssystemen. Wir setzen auf regionale Mobilitätskonzepte, die die Kopplung der Übergänge zwischen verschiedenen Verkehrsträgern berücksichtigen. Das reicht von Bus und Bahn über Fahrgemeinschaften und eine geteilte PKW-Nutzung bis hin zu regionalen, Städte verbindenden und innerhalb der Städte attraktiven Rad- und Fußwege.

Um den sich hier abzeichnenden Herausforderungen gerecht zu werden und den fachlichen Erfahrungsaustausch mit anderen Regionen einzuleiten, haben wir zum Stellenplan den Antrag eingebracht, die derzeit unbesetzte Stelle des Verkehrsingenieurs zu nutzen, um hier entsprechende Aufgaben eines Mobilitätsbeauftragten in der Stabsstelle für Klimaschutz anzusiedeln. Mit dieser Fachperson und mit der von uns zugleich beantragten Erstellung eines 'klimafreundlichen, multimodal ausgerichteten Mobilitätskonzeptes' verbinden wird das Ziel der Aufwertung, Konzeptionierung und überregionalen Abstimmung bis hin zur Erschließung 'umweltfreundlicherer Mobilitätsperspektiven'. Leider ist die Stellenausrichtung im Kreisausschuss mehrheitlich abgelehnt worden. So bleibt uns noch das Mobilitätskonzept für die vertagten Beratungen zum Klimaschutzbudget im kommenden Jahr.

4. Erschwinglichen Wohnraum forcieren – Kreisentwicklungsgesellschaft einrichten

Wir freuen uns, dass unsere Vorschläge zur Leseförderung sowie zu Sport- und Spielwettbewerben für die vier Förderzentren des Kreises positiv von den anderen Fraktionen und der Verwaltung aufgenommen wurde. Und mit seinem Gewaltschutzkonzept, der Präventionsarbeit und den Wohnprojekten außerhalb unseres Frauenhauses ist der Kreis sicherlich ein Vorreiter in NRW. Es ist gut, dass der Kreis sich beim Justizministerium für die Täterarbeit stark macht. Angesichts der Zahlen, die jüngst am Internationalen Tag gegen häusliche Gewalt veröffentlicht wurden, wird dies ein Thema bleiben, für das wir uns weiterhin stark machen werden.

Wir erkennen an, dass der Kreis mit dem vorliegenden Doppelhaushalt wieder einen wesentlichen Schwerpunkt im Sozialetat setzt. Besonders engagieren werden wir uns aber weiterhin für die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum im Kreis. Wie haben

angeregt, dass der Kreis dazu eine stadtübergreifende Moderationsfunktion wahrnimmt. Zur Unterstützung hatten wir den Antrag eingebracht, innerhalb der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung die Anbindung einer 'Kreis-Projektentwicklungsgesellschaft mit Schwerpunkt Sozialer Wohnungsbau' zu thematisieren. Damit könnten wir Probleme kreisangehöriger Städte beheben, Ressourcen für die Administration, Fördergeld-Akquise und Planung von erschwinglichem Wohnraum vorzuhalten. Leider hat die Idee keine Mehrheit gefunden hat. Ebenso bedauerlich ist, dass der vom Kreis zu dem Thema durchgeführte Workshop ohne Politik stattgefunden hat. Hoffentlich ist damit nicht eine Chance vertan worden, um der im Sozialausschuss vorgelegten Prognose entgegenzutreten, dass der preisgebundene Mietwohnungsbestand von rund 15.100 Wohnungen Ende 2018 auf knapp 10.500 Wohnungen Ende 2030 sinken wird – übrigens bei einer gleichzeitig weiter steigenden Zahl an Wohnungssuchenden.²¹

5. Kreisperspektive erweitern – Städteübergreifender Motivator und Moderator

Im Ergebnis wird mit den vorgetragenen Argumenten deutlich, dass der vorliegende Entwurf zum Doppelhaushalt uns GRÜNEN wichtige Grundlagen nicht ausreichend berücksichtigt. Daher können wir der Vorlage nicht zustimmen. Zustimmung wollen wir hingegen weiterhin, wenn der Kreis als Motivator und Moderator von stadtübergreifenden Anliegen auftritt, die kreisangehörige Städte allein nicht thematisieren können. Die erwähnten Ansätze der Mobilitätsperspektiven und der erschwinglichen Wohnraumförderung sind ebenso drängende Beispiele wie die Erstellung des kreisweiten Flächenmanagements und gemeinsame Klimaschutzaktivitäten.

Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich bei allen beteiligten Personen der Kreisverwaltung für die Erstellung des zweijährigen Haushaltsplanentwurfs. Unser besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei um Herrn Richter und Herrn Schölzel sowie Herrn Breitsprecher. Wir bedanken wir uns zudem bei Frau Dey, Frau Goldschmidt, Herrn Hüsgen und Herrn Schlüter vom Kreistagsbüro.

Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

²¹ Vorlagen-Nr. 20/037/2019 der Kreisverwaltung Mettmann zum Sozialausschuss am 16.09.2019. Diese Entwicklung ist im Kreis bereits länger bekannt. Vgl. vertiefend exemplarisch: Vorlagen-Nr. 23/024/2015 der Kreisverwaltung Mettmann; vgl auch die Antworten der Kreisverwaltung auf die bündnisgrüne Anfragen zur Förderung des Sozialen Wohnungsbaus im Kreisausschuss am 07.12.2015, im Kreisausschuss am 08.12.2016 und im Kreisausschuss am 29.06.2017.

Sehr geehrter Herr Landrat Hendele, sehr geehrte Damen und Herren, vor gut zwei Wochen hat der Bundestag den 15. Haushalt einer Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel verabschiedet. Im Haushaltsjahr 2020 wird der Etat mit 362 Mrd. Euro um rund 100 Mio. Euro größer ausfallen als in ihrem ersten Haushaltsjahr 2005.

Der wichtigste Teil der Mehrausgaben fällt in das Ressort „Arbeit und Soziales“, das mit 150,2 Mrd. Euro einen neuen Rekordwert überwiesen bekommt. Dieser Etat wird damit rund 41 % des gesamten Bundeshaushalts ausmachen.

Die gesamten Sozialausgaben in Deutschland sind seit dem Jahr 1960 um sagenhafte 3.400 Prozent auf ca. eine Billion Euro in 2018 gestiegen. Seit dem Jahr der Wiedervereinigung immerhin noch um 216 Prozent.

Warum erwähne ich das hier? Ganz einfach, weil der Bundesetat einen Trend widerspiegelt, der sich auch bei den Ländern und in den Kommunen mehr oder weniger stark zeigt. Ein Missverhältnis zwischen sozialen Lasten und allen anderen Ausgaben.

Dadurch, dass wesentliche Teile unserer Finanzmittel in Sozialausgaben gebunden sind, fehlen Gelder für wichtige andere Aufgaben (Stichworte: Bildung, Infrastruktur, Forschung und Entwicklung etc.). Es sei denn, man/frau hält es wie Grüne, SPD und Linke, denen selbst in Zeiten überreichlich sprudelnder Steuereinnahmen neue Steuererhöhungsideen einfallen. Übrigens: Über die Abschaffung der „schwarzen Null“ lohnt sich keine Debatte. Die wird in den nächsten Jahren aufgrund der wirtschaftlich verhaltenen Entwicklung, da bin ich mir – leider – sicher, kann von selbst verschwinden.

Ein Blick auf die nun vorliegenden Haushalts-Planentwürfe des Kreises für die Jahre 2020 und 2021 verdeutlicht meine Aussage zu den Ausgaben für Soziales. Und der Anteil der sogenannten „freiwilligen Leistungen“, über den wir hier im Kreis selbstbestimmt verfügen, ist in beiden Entwürfen verschwindend gering.

Nun werden die Haushalte des Kreises oder auch der kreisangehörigen Städte ja nicht im luftleeren Raum aufgestellt. Ihre Aufstellung wird maßgeblich von den Rahmenbedingungen beeinflusst, die – ich nenne sie mal so - „höhere Stellen“ vorgegeben. Die Rahmenbedingungen sind aus Sicht einer Kommune unverändert schlecht. Und sie dürften sich weiter noch verschlechtern, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung nach rund 10 Boomjahren verhaltener zeigt. Erste deutliche Anzeichen gibt es. Und der Trend zu weiter steigenden Ausgaben im sozialen Bereich, die wir vor Ort kaum beeinflussen können, dürfte anhalten.

Blicken wir auf die Planungen, die uns Herr Kreisdirektor Richter im Oktober vorgelegt hat. Für das Jahr 2020 hat Herr Richter bei der Einbringung der HH-Planentwürfe mit einem Kreisumlagebedarf in Höhe von 391,2 Millionen Euro gerechnet, das wären beachtliche 22,4 Mio. Euro mehr als im laufenden Jahr. Für das Jahr 2021 sahen die Planungen im Oktober einen Kreisumlagebedarf von 418,6 Mio. Euro und damit noch einmal eine Steigerung in Höhe von 27,4 Mio. Euro vor.

Für den gesamten Planungszeitraum reden wir also, bei allen Unwägbarkeiten, die mit diesen Planungen verbunden sind, über grob gerechnete Mehrbelastungen in Höhe von 50 Mio. Euro. Ein dicker Brocken davon, fast 21 Mio. Euro, entfällt auf die Landschaftsumlage an den LVR.

Nun kann die Kämmerei nicht zaubern. Sie steht jedes Jahr vor der Herausforderung, auf der Basis der ungünstigen Rahmenbedingungen (wie den kaum beeinflussbaren Kostensteigerungen überwiegend im Sozialen Bereich) einen möglichst soliden Haushalt aufzustellen.

Dass gelingt ihr gut, wenngleich die Ergebnisse / sprich Konsequenzen für die kreisangehörigen Städte natürlich nicht befriedigen können.

Insofern gilt auch mein Dank der Kämmerei und allen ihr zuliefernden Stellen in der gesamten Kreisverwaltung bei der Erstellung der Planungen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, die naturgemäß – ich erwähnte es - zum jetzigen Zeitpunkt ganz sicher nicht alle noch kommenden Unwägbarkeiten abbilden können. Insofern werden wir bzw. werden sich unsere Nachfolger im Kreistag nach den Kommunalwahlen im September nächsten Jahres aller Voraussicht nach nochmals mit dem Planwerk in Form eines Nachtragshaushaltes für das Jahr 2021 beschäftigen müssen.

Zu den Rahmenbedingungen für die Aufstellung des Doppelhaushaltes, die Herr KD Richter in seiner Haushaltsrede genannt hat, zählen beispielsweise

- die erneut gestiegenen Umlagegrundlagen, die für das Jahr 2020 um weitere 25 Millionen Euro auf das Allzeithoch von 1.329,3 Millionen Euro gestiegen sind – mit entsprechenden Belastungen.
- die um 14 Millionen Euro höhere Landschaftsumlage im Jahr 2020 und die weitere Steigerung in 2021 um 6,7 Mio. Euro.
- die vollständige Ausschüttung der Ausgleichsrücklagemittel in Höhe von 18,2 Mio. Euro zur Umlageentlastung, die auf ausdrücklichen Wunsch der kreisangehörigen Städte im ersten der beiden Haushaltsjahre erfolgen soll. Aus meiner Sicht – lassen sie es mich so ausdrücken - kein Zeichen einer vernünftigen Zukunftsvorsorge.

Auch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz verfolgt meines Erachtens die Linie, aktuell abbildbare Belastungen durch erweiterte Gestaltungsspielräume in die Zukunft zu verlagern.

Zu den Rahmenbedingungen, unter denen wir im Kreis und auch in den zehn kreisangehörigen Kommunen zu wirtschaften – oder sollte ich besser sagen „zu leiden“ haben, zählen aber auch die Vorgaben aus Berlin und vom Land NRW. Herr Richter nannte sie gesetzliche Herausforderungen. Von dieser Seite werden uns Kosten aufgebürdet, die wir kaum steuern können. Beispielsweise

- die gesetzlichen Ansprüche in Sachen Pflege innerhalb von Einrichtungen oder bei der Eingliederungshilfe, die nicht durch Sparvorgaben reduzierbar sind.
- Auch die Kosten des LVR kennen nur eine Entwicklungsrichtung: nach oben. Hier sind die in den Gremien der Einrichtung tätigen Parteien bzw. deren Vertreter gefordert.

Um ein ganz aktuelles Beispiel für gesetzliche Herausforderungen zu bringen, die einfach nur nerven:

Das von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (das sogenannte Angehörigen-Entlastungsgesetz). Dieses – aus meiner Sicht die Zielrichtung betreffend absolut begrüßenswerte - Gesetz tritt zum 1.1.2020 in Kraft.

Und was ist mit den Kosten? Auch hier – wie so oft – das übliche Spiel.

Auch hier dürften die Kommunen auf den Kosten sitzenbleiben, zumindest in Teilen. Dem Vernehmen nach könnte es um Beträge zwischen 0,6 Mio. und 1,5 Mio. Euro gehen.

Die kommunalen Spitzenverbände haben das Vorhaben der Bundesregierung, die Kosten für die geplante Entlastung von Kindern pflegebedürftiger Eltern auf die Kommunen abzuwälzen, kritisiert und dementsprechend an den Gesetzgeber appelliert, die Mehrkosten zeitnah zu evaluieren und den Kostenausgleich verbindlich regeln. Der Bundesrat ist von den kommunalen Spitzenverbänden aufgefordert worden, seine Zustimmung zu verweigern, bis die vollständige Kostenerstattung für die Kommunen verbindlich geregelt ist.

Und was ist tatsächlich passiert?

Der Bundesrat hat dem Gesetz am 29.11.2019 zugestimmt. Lediglich in einer begleitenden EntschlieÙung hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, die Kosten und Folgekosten, die Ländern und Kommunen durch das Gesetz entstehen, auf einer realistischen Datengrundlage darzulegen. Eine Vertreterin der Bundesregierung hatte im Zuge der Beratungen im Plenum durch eine Protokollerklärung bereits angekündigt, sich dazu mit den Ländern ins Benehmen setzen zu wollen.

Da dürfen wir jetzt aber gespannt sein, wie das Ausgehen wird. Ob tatsächlich eine vollständige Kostenerstattung kommen wird?

Ich habe da so meine Zweifel.

Man kann die finanziellen Belastungen für unterhaltsverpflichtete Angehörige auf vielerlei Weise verbessern. Durch eine Erhöhung der Leistungen der Pflegeversicherung, wie sie Herr Richter angesprochen hat beispielsweise. Auch aus Steuermitteln wäre dies darstellbar. Nur sollte dies dann für die Kommunen mittels Kostenausgleich zu keinerlei Mehrbelastungen führen.

Ich will es bei diesem einen Beispiel für stetig steigende Soziallasten durch Fehlentscheidungen auf Bundes- und Landesebene belassen.

Kostensteigerungen von rund 50 Mio. Euro in den beiden nächsten Jahren sind eine Zumutung für fast alle kreisangehörigen Städte, zumindest für alle, die sich Jahr für Jahr abstrampeln, um ihre Haushalte ins Lot zu bringen, und denen ständig neue Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

Den vorgelegten Haushaltsplanentwürfen jetzt zuzustimmen hieße, Verantwortung zu übernehmen für Fehler bzw. Fehlleistungen oder meinetwegen auch nur Vorgaben, die andere zu verantworten haben.

Ich halte es nicht für sachgerecht, die maßgeblich von CDU und SPD, aber auch von den Grünen, den Linken und der FDP in den unterschiedlichsten Konstellationen zu verantwortenden (Fehl-)Entwicklungen zu tolerieren und werde den vorgelegten Haushaltsplänen deshalb meine Zustimmung verweigern.

Ähnlich wie in dem von der SPD zur heutigen Sitzung vorgelegten Aufruf zur Unterzeichnung der „Zonser Erklärung“, die eine Neugestaltung der steuer- und kommunalverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen fordert, muss es auch in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern, Einrichtungen der Länder und Kommunen eine Neugestaltung geben – nach dem Motto: Wer bestellt, der bezahlt (Konnexitätsprinzip).

Zum Schluss möchte ich uns allen noch einen Wunsch ans Herz legen:

„Eine freie Gesellschaft lebt von einer freien Debatte, auch bei für den Einzelnen vielleicht unbequemen Themen wie der Asylpolitik. Einem Thema, das ich heute, obwohl es unter Kostenaspekten sehr relevant gewesen wäre, unsere Haushalte hierdurch stark belastet werden und ich hier eine der größten finanziellen Belastungen für unsere Zukunft sehe, nicht angesprochen habe.

Bei Entwicklungen, die an den Fundamenten unserer Gesellschaft sägen, ist ein offener Gedankenaustausch wichtiger denn je. Die Tabuisierung von missliebigen Themen im Namen der politischen Korrektheit oder die Diffamierung Andersdenkender hilft uns nicht weiter.

Ich bin seit 25 Jahren kommunalpolitisch aktiv, habe mich – so hoffe ich - immer an der Sache orientiert und andere Meinungen ausgehalten.

Dies will ich so beibehalten.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.